



Wortprotokoll

der 38. Sitzung vom 7. April 1955

Resoconto integrale

della seduta n. 38 del 7 aprile 1955

II. Legislatur
II legislatura
1952 - 1956



CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO

LANDTAG BOZEN

II Legislatura
II Legislaturperiode

SEDUTA XXXVIII SITZUNG

7 - 4 - 1955

Presidente - Präsident: BERTORELLE

Vice Presidente - Vize-Präsident: MAGNAGO

ORDINE DEL GIORNO

- 1) Proroga per l'esercizio provvisorio 1955: autorizzazione (delibera della Giunta Provinciale n. 247 del 24-3-1955);
- 2) Ratifica delle seguenti delibere prese con provvedimento d'urgenza dalla Giunta Provinciale a sensi dell'art. 48, punto 7 dello Statuto:
 - a) delibera n. 1633 dd. 30-12-1954 — Variazione di bilancio;
 - b) delibera n. 6 dd. 4-1-1955 — Vertenza Mondelli — Strada di Costalunga — opposizione a precetto;
 - c) delibera n. 118 dd. 10-2-1955 — Strada di Badia autorizzazione a resistere in giudizio;
 - d) delibera n. 140 dd. 17-2-1955 — Strada di Costalunga: vertenza Mondelli — liquidazione;
 - e) delibera n. 184 dd. 3-3-1955 — Ricorso dell'ex dipendente Benno Steiner alla G. P. A. in sede giurisdizionale: autorizzazione a stare in giudizio;
 - f) delibera n. 206 dd. 10-3-1955 — Incidente stradale autovettura in uso al medico provinciale — responsabilità civile ed incarico di difesa;
- 3) Progetto di legge provinciale: approvazione del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1955;
- 4) Voto presentato dai consiglieri Malignoni, Caminiti e Nardin a favore dei mutilati, invalidi e congiunti dei caduti in guerra della Provincia di Bolzano;
- 5) Interrogazioni ed interpellanze.

ORDINE DEL GIORNO SUPPLETIVO

- Punto 2) Lettera g) delibera n. 250 del 24-3-1955 — Attribuzione al personale provinciale di un assegno integrativo netto mensile;
- Punto 6) Ratifica delibera della Giunta Provinciale n. 271 dell'8-4-55 — Strada di Costalunga — giudizio promosso contro la Provincia — autorizzazione a resistere in giudizio.

TAGESORDNUNG

- 1) Genehmigung zur Verlängerung der provisorischen Finanzgebarung 1955 — (Beschluß Nr. 247 vom 24.3.1955);
- 2) Genehmigung der nachstehenden, vom Landesausschusse im Sinne des Art. 48, Punkt 7 des Autonomiestatutes gefaßten Beschlüsse:
 - a) Beschluß Nr. 1633 vom 30.12.1954 — Bilanzänderung;
 - b) Beschluß Nr. 6 vom 4.1.1955 — Streitsache Mondelli wg. Eggentalerstraße — Einspruch gegen Pfändungsantrag;
 - c) Beschluß Nr. 118 vom 10.2.1955 — Abtei-Straße: Ermächtigung zur Prozeßführung;
 - d) Beschluß Nr. 140 vom 17.2.1955 — Eggentaler-Straße: Streitfall Mondelli — Liquidierung;
 - e) Beschluß Nr. 184 vom 3.3.1955 — Rekurs des ehemaligen Angestellten Benno Steiner an das Verwaltungsgericht: Ermächtigung zur Prozeßführung;
 - f) Beschluß Nr. 206 vom 10.3.1955 — Verkehrsunfall mit dem Dienstauto des Provinzarztes: Schadenvergütung und Verteidigungsauftrag;
- 3) Landesgesetzentwurf: Genehmigung des Haushaltsvoranschlags für das Finanzjahr 1955;
- 4) Votum, eingebracht von den L. A. Malignoni, Caminiti und Nardin zu Gunsten der Kriegs-Versehrten-, Invaliden und Hinterbliebenen von Gefallenen der Provinz Bozen;
- 5) Anfragen und Interpellationen.

ZUSÄTZLICHE TAGESORDNUNG

- Punkt 2) Buchstabe g): Beschluß Nr. 250 vom 24.3.1955 — Gewährung einer monatlichen Ergänzungszulage an die Landesangestellten;
- Punkt 6) Genehmigung des Beschlusses des Landesausschusses Nr. 271 vom 8.4.1955 — Eggentalerstraße — Streitfall: Ermächtigung zur Prozeßführung.

Ore 9.25 Uhr

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE: } dott. Dino
VORSITZ DES PRÄSIDENTEN: } Bertorelle.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

STOETTER Segretario, S. V. P.: (Appello - Namensaufruf.)

PRESIDENTE: Informo i consiglieri che non può essere letto in processo verbale della seduta di ieri perchè non è stato possibile prepararlo dato che la seduta è terminata tardi. Sarà letto ed approvato nella prossima riunione. La parola al consigliere Mayr.

MAYR (S. V. P.): Ich fühle mich veranlasst, zu Äusserungen von Landtagsabgeordneten Stellung zu nehmen, weil sie grundsätzliche Fragen über Interpretation unseres Autonomiestatutes besprochen haben und in zweiter Linie dann einige Anfragen, die den Sektor Schule und Kultur betreffen, beantworten.

Die Abgeordneten Nardin, Mognioni und Caminiti haben zum Ausdruck gebracht, daß ihnen das Autonomiestatut ohne weiteres gefalle, sie sich ohne weiteres als Autonomisten bekennen, jedoch mit der Klausel, dass es keinen Separatismus geben soll und darf. Nardin legt den Separatismus in jener Richtung aus, dass die Provinz nicht von der Zentrale Rom abgekapselt werde, während Mognioni, — es entspricht natürlich auch seinem Berufe — den Separatismus innerhalb der Provinz annimmt und zwar die Trennung der zwei Volksgruppen. Es wurden hierfür auch Auszüge aus Verhandlungen vorgebracht und insbesondere die «mens legis» betont, Auszüge aus Verhandlungen, die natürlich genau in den Rahmen der Herren passen; es wurden zitiert Bertoldi und auch der verstorbene De Gasperi, jedoch uns, für die ja die Autonomie gegeben worden ist und nicht, wie allseits betont wird, wir müssten froh sein, dass uns die Trentiner die Autonomie kosten liessen, uns können diese Auslegungen, und wenn sie auch vom verstorbenen Herrn De Gasperi sind, nicht massgebend sein. Es genügt, die Worte des Herrn Mognioni, die Berichte aus dem «Convegno Trivento» in Trient zu hören oder zu lesen, dann weiss man, dass die Autonomie gerade das Gegenteil be-

zwecken soll, als es für uns bestimmt und gewünscht ist. Mognioni betont immer wieder, obwohl er nicht davon sprechen will, aber immerhin so deutlich betont er die gemischte Schule, und andere seiner Kollegen, die am «Convegno Trivento» teilgenommen haben, sprechen von einer Aufdiktierung eines Artikels 15, das wäre das grösste Unglück, das im Autonomiestatut verankert wäre, das ein Condominium im Schulamt darstelle. Sie verschweigen allerdings, wie es in Wirklichkeit ist, sie hätten die Vorsilbe «Con» am besten weglassen sollen, sodass nur mehr das «Dominium» übrigbleibt. Es ist vielleicht ganz kurz aber treffend beleuchtet, wenn wir die Reisespesen, die Reisevergütungen angeben, die von Rom aus ins Schulprovidentorat fliessen. Sie sprechen klar dafür, welche Machtstellung — unter Führungszeichen — unser Landesschulleiter im Schulamt besitzt. Der italienische Landesschulleiter bezieht Lire 300.000.— jährlich als Reisespesen, während unser Landesschulleiter Lire 30.000.— erhält. Im übrigen sehen wir es ja im praktischen Leben, welche selbständige Arbeit unser Landesschulleiter leisten darf; sie beweisen uns, dass er selbständig herzlich wenig ausser dem bürokratischen Teil erledigen kann. Wir fassen das Autonomiestatut nicht als eine Trennung auf, wie es Herr Mognioni bezeichnet hat. Wir gehen von einem ganz anderen Standpunkt aus: Die Herren sollten wissen, dass wir von Ursprung her und von Geburt aus eben nicht Italiener sind sondern Deutsche, und als solche haben wir unsere Sprache, unsere Bräuche und Sitten, unsere charakteristischen Eigenschaften und ich glaube, das Autonomiestatut spricht eben dafür, dass dies uns nicht genommen werde, auch in Zukunft unseren Kindern nicht. Und wir sind ganz überzeugt, dass unser Ringen, unser Versuchen und Kämpfen nicht umsonst ist, weil wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken, denn das, was wir durch das Autonomiestatut fordern und glauben, dass es uns zusteht, ist ja nichts anderes als das, was in den internationalen Rechten anerkannt und verteidigt wird. Merkwürdig war auch der Einwand des Herrn Caminiti, der das Erscheinen der Artikel in der Auslandspresse als grössten Unfug, als etwas Unmögliches und Unglaubliches hinstellte. Herr Caminiti kann sich eben auch nicht mit der Tatsache abfinden, dass wir dem deutschen Kulturraum ange-

hören, ob nun diese politischen Grenzen gezogen seien sie wollen, wir haben über tausend Jahre nur mit deutschen Menschen zusammengelebt und sind auch Deutsche geblieben. Das Gegenstück davon, dass man in Italien, dass die inländische Presse von Deutschland schreibt, sieht man auch nicht als etwas Ausserordentliches an, und man kann von gleichen Brüdern gleicher Abstammung doch nicht verlangen, dass sich der eine um den anderen nicht kümmern sollte. Herr Caminiti hat sich auch noch interessiert: ob der C.U.C., es ist dies der italienische Universitätsclub, einen Beitrag erhalte oder warum man diesen Beitrag verweigert hätte. Ich kann nur sagen, dass es von Seiten des Landesausschusses allgemein üblich ist, keine Beiträge auszuzahlen bevor die Bilanz nicht genehmigt ist und inzwischen jedes Gesuch in dem Sinne zu beantworten, dass es nach Bilanzgenehmigung geprüft wird, und dieselbe Antwort hat auch dieser Universitätsclub erhalten.

Herr Nardin hat uns auch eine merkwürdige Initiative geraten, die nämlich: wenigstens kulturell sollten wir uns besser betätigen und mehr tun und gab an, es wäre interessant, eine Südtiroler Geschichte zu schreiben. Jetzt weiss ich nicht, wie er es gemeint hat, für uns oder für sie, die italienische Gruppe, jedenfalls wir unscrscits finden Material und Literatur genug; vielleicht könnte man Herrn Nardin das letzt erschienene Werk empfehlen « Südtirol in Not und Bewährung ». Auch Herr Malignoni hat sich beschwert über die schwache Tätigkeit des Landtages auf dem Gebiete der Kultur. Er sieht da verschiedene Gesetze im Ausschuss, es ist bereits geantwortet worden. Es muss einem ja beinahe die Lust vergehen, Gesetze zu schmieden, längere Zeit darüber zu debattieren und zu streiten, um sie dann in Rom begraben zu lassen. Es ist das Kindergartengesetz, was Schule und Kultur anlangt und das Studienstipendiengesetz. Das ist eben die « mens legis », nicht!? (Heiterkeit - ilarità) Ja, die « mens legis » ist es, wo die italienische Regierung selbst, auch in Hinsicht auf die Beispiele, die sie von anderen Staaten erhält, meinetwegen Deutschland und Österreich, die einen Kulturaustausch anbieten, schlägt Italien ohne weiteres mit seiner Hand ein, jedoch will es bei diesem Kulturaustausch Südtirol ausgeschlossen haben. Etwas, was wir auch nicht verschmerzen können, das wahrscheinlich auch in die « mens legis » hineinkommt, und in die Interpretation des Pariser Vertrages, das ist natürlich die Angelegenheit der Anerkennung der Studententitel. Auch da wäre zu erwähnen, wie grosszügig Deutschland ist. Warum sollte es für ein demokratisches Italien, das sich auch zur Europäisierung bekennt, nicht ohne weiteres möglich sein, wenn es schon selbst nicht die-

sen Gedanken hat, wenigstens von anderen annehmen und aufgreifen, und ebenso grosszügig die Studententitel für Südtiroler anzuerkennen und nicht nur für solche, die südlich von Salurn wohnen oder beheimatet sind.

Ein Ding, worauf ich Herrn Prof. Malignoni aufmerksam machen möchte und worüber er uns gestern lange und breite Worte brachte, das ist der Begriff, also ein schulischer Begriff, und deswegen betone ich Prof. Malignoni, über die « scuola per l'istruzione postelementare ». Ich habe dies jetzt auf italienisch erwähnt, damit kein Zweifel entstehen kann. Ich bin, was die italienische Schulgesetzgebung anbelangt, soweit informiert, dass von Anfang an, also vor Jahrzehnten bis 1923 her, die Schulpflicht in Italien drei Jahre betrug, später wurde sie hinaufgesetzt auf fünf Jahre und durch die Reform von Gentile, 1923, wurde die Anzahl der schulpflichtigen Jahre festgelegt, sie wurde hinaufgesetzt auf acht, also die Eltern sind verpflichtet, das Kind vom 6. bis zum 14. Lebensjahr Volksschulunterricht- und Erziehung geniessen zu lassen. Bis jetzt ist aber Italien in seiner Studienordnung nie soweit gekommen, dass es Programme für acht Jahre ausgearbeitet hätte; die Programme belieben sich und belaufen sich auch heute noch auf fünf Schuljahre. Jedoch hat man in grösseren Zentren und wo die Möglichkeit bestand, dafür gesorgt, dass sogenannte « corsi integrativi », « corsi popolari, sussidiari, rurali » eingeführt wurden, die eben als solche gedacht waren, um den Leerraum des Programmes des staatlichen Volksschulprogrammes auszufüllen und zwar für 6., 7. und 8. Schuljahre. Mir steht fest, dass es bis heute noch so ist, und wenn Herr Prof. Malignoni gestern von der Schulpflicht gesprochen, also er hat es als Gesetzespflicht hingestellt, den Besuch der Volksschule vom 6. bis zum 14. Lebensjahr, so finden wir doch praktisch und zwar in ziemlich hoher Zahl, dass nach der 5. Klasse Volksschule, besonders im Süden die Kinder die Schule nicht mehr besuchen, auch diese sogenannten Kurse nicht, diese sogenannten « corsi postelementari », weil sie ja nach der amtlichen Schlussprüfung, nach der 5. Klasse diese Kurse in ihrem Orte nicht besuchen können, weil keine vorhanden sind, und das Gesetz sieht nicht vor, dass die Kinder gezwungen wären, sich in die Stadt zu begeben oder irgendwo anders hin, um diese zwei, drei Jahre die Schule weiter zu besuchen; dies sieht das Gesetz nicht vor. Ich habe auch einen Passus hier, ich lese ihn in italienisch vor, der bekräftigen soll, dass der Begriff « postelementare », der für uns sehr wichtig ist, weil er ja im Autonomiestatut unter Artikel 11 in erster Kompetenz angeführt ist und Herr Malignoni ihn streichen wollte: « Deve considerarsi adempiuto l'obli-

go scolastico, per coloro che fino al quattordicesimo anno di età frequentino scuole di istruzione postelementari o conseguano la licenza della scuola secondaria di avviamento professionale o di scuole professionali di equal numero di anni ».

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Che cos'è quel libro?

MAYR (S. V. P.): E' l'ultima novità. Poi ci troviamo di fronte ad un'altra affermazione: « *Se tali corsi o scuole manchino è consentito... (Non si tratta, come si vede, di un obbligo vero e proprio) al fanciullo di continuare a frequentare l'ultima classe elementare esistente fino a che non raggiunga i quattordici anni. In quest'ultimo caso il fanciullo non deve essere assoggettato alla ripetizione dell'esame; gli deve essere invece rilasciato un certificato di frequenza che provi la continuazione dell'adempimento dell'obbligo scolastico fino al quattordicesimo anno di età* ».

Und dann noch wegen der Freiheit des Unterrichtes, dass die Eltern nicht gezwungen werden können, die eigenen Kinder unbedingt jemand anderem anzuvertrauen, also der staatlichen Schule, anderen Erziehern, sodass sie, wenn die Voraussetzungen vorhanden sind, auch selbst ihr Kind erziehen können; da heisst es: « *... al quattordicesimo anno di età devono provare di avere sostenuto l'esame di licenza dalla scuola secondaria di avviamento professionale o da altra scuola postelementare* ». Also ich glaube, damit ist bewiesen, dass der Begriff « postelementare » sich auf das 6., 7. und 8. Volksschuljahr bezieht, und uns deshalb die Möglichkeit, auf diesem Gebiete uns zu betätigen, nicht genommen werden kann.

Die Frage, die an mich gerichtet wurde, bezieht sich auf die Anzahl der Schüler sei es der Volksschule als auch der Mittelschule. Ich habe bereits einige Ziffern angegeben: die Gesamtzahl der Volksschüler in der Provinz Bozen ist 45.417, davon sind rein deutsch 31.055, italienisch 12.396 und Ladinier 1966; deutsche Mittelschüler 4.965, italienische 6.674; die Anzahl der ladinischen Mittelschüler konnte ich gestern leider nicht mehr feststellen, es werden ungefähr 200 sein. Insgesamt also 11.639 Mittelschüler. Es ist und bleibt interessant zu hören auf Grund einer Landtagsdebatte, in der einer der italienischen Abgeordneten erklärte, es könne nicht angehen, dass man der deutschen Volksgruppe so und so viele Studienbörsen zuwende, denn es ist klar, die Landbevölkerung schickt nicht so viele Schüler in die Stadt um weiter zu studieren, da sind mehr bei den Stadtansässigen, Beamten, da wären sie in der Überzahl, und hier möchte ich folgenden Beweis erbringen: der Zuwachs der Mit-

telschüler von 1946 bis 1951 beträgt 969 Schüler; von 1951 verzeichnen wir weiter bis 1955 einen Zuwachs von 1544. Also daraus ersieht man, wenn man der Landbevölkerung die Möglichkeit bietet und besonders den ärmeren Kreisen, dass sie gerne, vor allem deshalb, weil sie nicht die Möglichkeit haben, die eigenen Kinder im eigenen Betrieb zu beschäftigen, die Kinder zum Studium schicken. Ein Zuwachs von 1544 Schülern von 1951 bis 1955 beweist doch alles. Interessant ist auch zu hören, wie es mit der Statistik des Lehrpersonals, sei es Volks- oder Mittelschule steht. Da haben wir in der Mittelschule auf deutscher Seite 236 Lehrpersonen, bei der italienischen Schule 485 und bei der ladinischen 10. Diese Zahlen ergeben ein Mittel, wieviel Schüler es auf einen Professor, auf eine Lehrperson trifft. In der deutschen Schule trifft es auf einen Professor oder Lehrer 21 Schüler, bei der italienischen Gruppe trifft es auf eine Lehrperson 12,8 Schüler. Dies ist natürlich ein Unterschied, wenn man bedenkt, es ist verschieden zu unterrichten und die Erfolge sind auch verschieden, wenn ich 30 oder 10 Schüler vor mir habe. Bei der Volksschule haben wir; bei der deutschen 1180, bei der ladinischen 980 und bei der ladinischen 72 Lehrpersonen. Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, wie die Verhältnisse und die Lage der einzelnen Lehrkräfte hier steht. Es ist wohl bekannt wegen der Stammrolle und Nichtstammrolle, also der Hilfslehrkräfte, in welcher Lage wir uns da befinden. Dazu kommen bei den italienischen Lehrpersonen, die für beide Volksgruppen eingesetzt sind: 408 Lehrpersonen, die in der zweiten Sprache unterrichten. Und nicht genug damit, man hat sich auch gemüsst gefühlt, auch noch eine Stammrolle für Lehrpersonen in Überzahl einzusetzen. Ich glaube, es teilt das Ministerium jedem Schulamt so und so viele arbeitslos gewordene Lehrkräfte zu. Für Bozen sind es 25 Lehrpersonen in Überzahl, die das Schulamt also austellt. Ich kenne einen Fall, wo die Notwendigkeit der Aushilfe nicht vorhanden war: 54 Schüler, 2 Lehrpersonen, also aufgeteilt 25, 26, 27 Kinder pro Lehrperson. Da hat man eine dritte Lehrperson auf Drängen, Bitten und Flehen hingestellt und jetzt durch Überzeugung und schöne Worte und Reisen, die man dafür unternommen hat, auch noch die Gemeinde dazu bewogen, ihrerseits da mitzuhelfen und einen Raum für diese Lehrperson zur Verfügung zu stellen, was ja gesetzlich in keiner Weise vorhanden ist. Wenn wir den Vergleich angestellt haben, wieviel es auf einen Mittelschulprofessor Schüler trifft, so ist das in der Volksschule noch krasser; da trifft es für den deutschen Lehrer 26 1/2 Schüler, und für die italienischen Gruppe, wenn man diese 25 Lehrpersonen in der Überzahl dazu-

zählt, und wir haben dann 1030, da trifft es pro Lehrperson 12,2 Schüler. Also dadurch ist erwiesen, man kann nicht immer mit einem Durchschnitt von 12 rechnen, dass in manchen Orten sich Lehrpersonen befinden mit einem Minimum von 1 bis 2, 3, 4, 5 Schülern. Und das ist auch eine strittige Frage, strittig ist sie insofern nicht, als sie ja durch das Gesetz klargestellt und verankert ist, aber ausgelöst wird durch die Unkenntnis mancher Gemeindeverwaltungen. Es heisst genau: wenn in einem Orte die sprachliche Minderheit, zum Grossteil ist es ja die italienische, wenn wir die Gemeinden Südtirols hernehmen, acht schulpflichtige Kinder aufweist, dann ist die Gemeinde verpflichtet, eine Schulstelle für diese bereitzustellen. Sind es aber nur sieben oder weniger, dann ist es ungesetzlich, wenn die Gemeindeverwaltungen dadurch sich eine Auslage aufbürden zur öffentlichen Last, dass sie Raum, Licht, Personal und alles, was es zur Erhaltung einer Schulstelle braucht, zur Verfügung stellen. Wir könnten da verschiedene Fälle aufzählen, leider gelingt es nicht leicht, diese Zahl, wieviel Schulstellen mit unter acht Kindern funktionieren, herauszubringen, weil sie ja in getrennten Schubladen liegen, die ja durch das Kondominium nicht geteilt sind! Ich glaube, dass ich jetzt diese Anfragen zur Genüge beantwortet habe, und möchte nur noch eines erwähnen, auch aus dem Abschnitt « Schulwesen » und das ist, entsprungen wieder aus dem « Convegno Triveneto », die Stellungnahme, die Behauptungen und Vorschläge eines Schulmannes, der natürlich reichlich Gelegenheit hatte, sich in Ladinien zu betätigen und auszukundschaften, sich anmasst Vorschläge der Öffentlichkeit zu unterbreiten, wonach die ladinische Schule eben nicht mehr eine amtlich dreisprachige Schule sein soll sondern eine ladinio-italo-Schule, mit Konversation in deutsch. Wie diese Konversation am Ende ausgeht, dafür haben wir ja verschiedene praktische Beispiele. Ein Teil, ich möchte nicht alle einbegreifen, ein Teil dieser Lehrpersonen, die den Unterricht in der zweiten Sprache versorgen, sind von Anfang Oktober bis zum 12 Februar sechs Mal in der Klasse erschienen. Er schlägt eben vor, dass also der Unterricht italienisch sein soll mit etwas ladinisch und vom 2. Schuljahr an wöchentlich einmal, dann im 3., 4. bis zum letzten Schuljahr 4 bis 5 Stunden Konversation in deutsch in der Woche; der Religionsunterricht muss in italienischer oder ladinischer Sprache erteilt werden, und sehr interessant: die Lehrkräfte, die für Ladinien bestimmt wären, müssen die italienische Lehrerbildungsanstalt besucht haben: « mens legis » (Heiterkeit - ilarità). Ja, es dauert einem umso mehr, wenn man das von Leuten hören muss, die sich natürlich als Kapazitäten

im Schulwesen ausgeben und die durch ihre jahrelangen Erfahrungen und Richtlinien usw. bekannt geworden sind, dass ausgerechnet die, genau so wie Prof. Molignoni, dass ausgerechnet die das Grundprinzip der Schule und Erziehung überhaupt vergessen. Sie sehen die Schule als ein Mittel zum Zweck, wie es nun in Sparta gewesen oder in Moskau oder sonst irgendwo, es ist alles nur Mittel zum Zweck. Der Staat befasst sich damit und die anderen marschieren, sie verkennen und verleugnen und vergessen, ich weiss nicht wie, das Prinzip des Rechtes der Erziehung, das bei den Eltern liegt, dann bei der Kirche und dann beim Staat, und sie stellen diese Macht, diese Kompetenzen in umgekehrte Reihenfolge: bei ihnen bestimmt der Staat und nicht die Eltern, aber insofern Eltern ihre Kinder deutsch erziehen lassen, in die deutsche Schule schicken wollen, dann muss es ihnen auch nach den katholisch-christlichen Grundsätzen gestattet sein. Dieser « Convegno Triveneto », « studio » möchte ich lieber weglassen, « politico » möchte ich sagen, der vergreift sich auch noch an unserer Kategorie von Lehrpersonen, bzw. am Autonomiestatut. Er beklagt ausserordentlich, dass so viele bessere, qualifiziertere italienische Lehrpersonen keine Anstellung finden, während so armselige Hilfslehrkräfte der deutschen Muttersprache angestellt werden und unterrichten dürfen, und diese « qualifizierten » zuschauen. Also man kommt schon in die Nähe des Austausch, dass der Punkt « Muttersprache » nun nicht mehr gelten sollte. Und in bezug auf Ladinien ist auch ein persönlicher Fall, ein Einzelfall letzthin vorgekommen, der auch bezeichnend ist. Ein Lehrer, Schwer-Kriegsinvalid, jedoch mit Lehrer-matura, Sieger im Wettbewerb, mit Zeugnis des Arztes, dass er für den Schulunterricht befähigt ist, wird plötzlich entlassen, und zwar auf Grund dessen, dass ihm die Invalidität Schwierigkeiten bereitet, wobei aber festgestellt ist, dass sich die Invalidität von der ersten Untersuchung an bis heute nicht verschlechtert hat, und zweitens als Hauptgrund: Unfähigkeit im Unterricht, obwohl er acht Jahre lang die Benotigung 8 hatte, also immer besser als ein Durchschnitt und obwohl er im Wettbewerb gewonnen hatte. Wieso das zustandekommt, ist für einen normalen Menschen unglaublich — wir wissen's — aber dann die Äusserung, die der zuständige Direktor selbst im gleichen Tal, in einer öffentlichen, amtlichen Sitzung getan hat, entspricht natürlich wieder vollkommen der « mens legis » (Heiterkeit - ilarità). Er sagte: seien wir froh, endlich wieder einen Hyperdeutschen weggebracht zu haben. Ein anderer Fall, der allerdings etwas weiter zurückliegt, aber für die Haltung und Gesinnung der italienischen Gruppe sehr bezeichnend ist, das ist eine Volksschule in

Bozen, Herr Prof. Malignoni weiss jetzt schon den Namen, das ist die Cairoli-Schule. Man hat sich unter der deutschen Lehrerschaft beraten, 1952 war es, dieser Schule, die eigentlich die einzige ist, die zum Grossteil von deutschen Kindern besucht wird, und heute hat sich die Zahl noch erhöht, es sind nur mehr ganz wenig italienische Kinder dort, wahrscheinlich kommen die auch weg, sodass nur mehr deutsche Kinder die Cairoli-Schule besuchen, also die deutschen Lehrer wünschten, dass man diese Schule auf den Namen « Goetheschule » umbenenne. Es war eine Zeitungskampagne, wo jeder Schritt und jeder Vorgang wiederholt und deutlich erklärt wurde; ich möchte hier nicht dasselbe wiederholen, aber nur dem Landtag zeigen, dass man von einer Autonomie, von einer Duldung überhaupt nicht sprechen kann, geschweige denn, uns einen Wunsch zu erfüllen. Der Wunsch der deutschen Lehrerschaft, den Namen *Cairoli* mit *Goethe* auszutauschen, hat natürlich den Widerstand der italienischen Kategorie gefunden und obwohl die formellen Angelegenheiten, Beschluss der Lehrerschaft, Gutachten der Gemeinde, Gutachten des Präfekten, Gutachten des Landesschulrates erledigt waren und als zum Schlusse das Gesuch beim Schulamtsleiter landete und als alles in Ordnung war, wurde er erreicht, dass es dort verstaubte und versandete. Man hat die deutschen Lehrpersonen insofern beruhigen wollen; schaut, es besteht ein Dekret, und in diesem Dekret heisst es, die Umbenennung der Schulen soll vermieden werden, wenn sie nicht einen Namen aus der jüngsten politischen Zeit tragen. Gut, Cairoli ist ein Name aus der Wiederauf-erstehung Italiens, wir können ihn ja auch in der italienischen Geschichte studieren, nichts zu sagen dagegen. Aber dass er mit der faschistischen Zeit, also mit der vorhergehenden politischen Periode nichts zu tun hatte, ist nicht wahr. Denn es waren ja gerade die Faschisten, die dieser Schule diesen Namen gegeben hatten, Warum da soviel Staub aufwirbeln und die deutsche Kategorie von Lehrpersonen in Unzufriedenheit lassen, wenn sie das Begehren hat, der Schule einen deutschen Namen zu geben?! Wenn nun in der Zwischenzeit die Komplikation mit einer Neubenennung der Weggenstein-Schule war, die man in Wedel-Schule umtaufte, so hätte man bestimmt für die einstmalige Franz Joseph-Schule am Marienplatz gewiss einen anderen Namen vorschlagen können oder ihr den alten wieder geben, « *Franz-Joseph-Schule* ». Es mutet einem merkwürdig an, wenn man auch in Italien hier so viel von einem vereinten Europa spricht und gerade der Minderheit empfiehlt, sich europäisch zu benehmen und zu verhalten. Meines Erachtens liegt es an denen, welche die Macht über

andere haben, sich fair zu zeigen. Aus diesen zwei, drei Punkten und aus vielen anderen Feststellungen ersehen wir, dass es der italienischen Regierung ohne weiteres gelingt, uns die Schul- und auch die Kulturautonomie zu belassen; im Statut ist die Kulturautonomie für uns ein Gebilde in der Luft, das wir sehen, aber nach dem wir nicht greifen können. Dieses Gebilde in der Luft, unsere Kulturautonomie, die lassen sie uns nicht heranziehen und lassen sie uns nicht verankern, indem wir uns selbst verwalten. Sehr unangenehm wird in deutschen Kreisen auch empfunden die Art und Weise, wie man der Schulautonomie entgegentritt. Da mischen sich Kreise ein, von ziemlich amtlicher Form, seien es syndakalistische Vereinigungen oder Professoren mit Schülern, protestieren, demonstrieren; sie bringen verschiedene Beweggründe ins Treffen, um die deutsche Lehrerschaft zu überzeugen, passt auf welchen Schritt ihr macht, begnügt euch mit der jetzigen Position, die euch sicher ist, horcht nicht auf die Volkspartei, die euch nur zu einem Instrument gebrauchen will, erinnert euch, wie man eure Vorgänger behandelt hat, bei denen sich im Unterricht andere Leute einmischten und der Bürgermeister und der Seelsorger die Schule führten und der Lehrer nur ein gefügiges Mittel war; diese Bevormundung wird wahrscheinlich wiederkommen, stellt euch vor, ihr genießt jetzt die Begünstigung einer Freikarte oder einer Ermässigungskarte für die Bahn, ja wie soll euch das Land eine solche gewähren, ein juristische Stellung ist unterhöhlt, hat keine Untermauerung mehr, kurzum, so richtig demagogisch versucht man, an die deutschen Lehrpersonen heranzutreten, aber Sie können überzeugt sein, wenn die deutschen Lehrpersonen an Hand einer Vorlage beurteilen können, wie es in der Zukunft aussehen wird, wie es das Land will, dann werden sie keinen Augenblick mehr zweifeln, und vielleicht auch 100%ig dafür stimmen.

Auch der letzte Fall in Dietenheim, der so sehr ausgeschlachtet wird, um den deutschen Lehrpersonen die Methoden und die Pläne des Landes vor Augen zu führen, empfinde ich als plump. Es war dieser Vorfall eigentlich anders. Wenn ein Assessor, wenn Vertreter des Bauernbundes die Schule besuchen, vom Direktor selbst in die Schule begleitet werden, so finde ich bis zu diesem Punkt nichts auszusetzen. Etwas anders ist, was dann geschehen ist: das verurteile ich selbst; aber die Vertretung als solche, die sich um die Schule kümmert, kann ich auch auffassen, als ob es die Vertreter der Eltern dieser Kinder gewesen wären, die sich um den Unterricht in der Schule, um den Fortschritt gekümmert haben. Und das steht den Eltern zu. Und in zweiter Linie hätte der Betreffende, der die Her-

ren in die Schule selbst geführt hat, in dem Augenblick, wo es zu dieser unangenehmen, peinlichen Situation geführt hat, ohne weiteres sagen können: meine Herren, mehr habt ihr hier nicht zu tun; wenn ihr das wollt, dann muss ich mir das verbitten und euch die Türe weisen und wir werden uns in der Kanzlei ausreden. Das wäre ohne weiteres in der Hand des Direktors gelegen gewesen. Im grossen und ganzen möchte ich eben urteilen, dass man einen solchen Fall so breit tritt, so zerklübt und ausschachtet, um den Wunsch, den Willen und das Recht einer Volksgruppe zu verhindern. Ich finde es ein minderes Mittel. Und deswegen, Herr Prof. Mognoni, damit Sie sich auch im Klaren sind, denn man muss Ihnen immer das wiederholen, was Sie wiederkauen, das Gegenteil natürlich: solange wir da sind, und es werden auch andere Nachfolger kommen, die unter dem gleichen Namen sind, werden wir immer festhalten am Prinzip des Naturrechtes, des Elternrechtes und der Grundsätze der katholischen Kirche, dass die Erziehung in der Muttersprache, getrennt von der anderen, durchgeführt werde. Wir können uns noch ganz gut erinnern, wie leicht man aufgefressen werden kann. Bei uns geht die Trennung im Schulwesen vom Kindergarten bis zur Hochschule. Es ist nicht gesagt dabei, dass die Hochschüler auch gut tun, anderssprachige Schulen zu besuchen. Es fehlt überhaupt im Begriff « Autonomie im Schulwesen » oder « Recht der Minderheiten », denn wenn eine Minderheit schon geschützt werden soll, dann ist das erste, was ihr zusteht, die Schule, die eigene Schule; das Organ zur Lebenserhaltung dieser Minderheit ist die Schule. Aber da braucht es Voraussetzungen: nicht nur, dass die eigene Sprache da ist; es braucht den eigenen Lehrstoff, es braucht das eigene Personal und die eigene Methode. Fehlt aber eines davon, dann ist man schon im Zuge zur Entnationalisierung, man ist schon im Zuge, der Staatsnation zu assimilieren und das Kulturell-historische der Staatsnation den anderen aufzudrängen. Dass das für die Minderheit schwerwiegende Folgen hat, ganz abgesehen vom niederen Bildungsniveau, das man dann bei einer gemischtsprachigen Schule erreicht, dass dieser Vorgang natürlich auch zur Schwächung des nationalen Gefühles führt, ist klar, sonst würde man es ja nicht anstreben. Deshalb möchte ich die Frage stellen: Will das demokratische Italien, das vom Faschismus viel gelernt haben will, im schlechten Sinn, und das die höchste kirchliche Behörde in sich beheimatet, gegen die eigene Verfassung und gegen die eigenen Grundsätze arbeiten?

PUPP (Assessore ai Lavori Pubblici - S. V. P.):
Battuto in pieno, messo K. O.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Ha le idee molto confuse!

MAYR (S. V. P.): Non è mio, l'ho copiato!

MITOLO (M. S. I.): Prego la traduzione!

MAGNAGO (Vice Presidente): Traduco solo la parte che è stata detta quando ero presente in aula. All'inizio io non ero presente in aula.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Di due interventi non abbiamo sentito la traduzione!

MAGNAGO (Vice Presidente): Questo lo traduco. Per quello di Amonn nessuno ne ha chiesto la traduzione; di questo traduco l'80%. Quale sia la differenza fra la posizione del Vice Provveditore e del Provveditore agli studi risulta già dall'indennità di missione che percepisce il primo e da quella che percepisce il secondo. Il Provveditore riceve un'indennità di missione di 300 mila lire all'anno, il Vice Provveditore di 30 mila lire annue.

MITOLO (M. S. I.): Non c'è proporzione!

MAGNAGO (Vice Presidente): Il Vice Provveditore ha pochissime competenze se si escludono quelle puramente amministrative.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Grazie!!!

BRUGGER (Assessore all'Agricoltura S. V. P.):
Prego!

MAGNAGO (Vice Presidente): Poi fa riferimento all'osservazione ed alla lamentela portata da Caminiti in merito alla stampa ed agli articoli che pubblica certa stampa estera; vuole ricordare a Caminiti che noi apparteniamo allo spazio culturale tedesco, a parte le convinzioni politiche, e perciò c'è poco da meravigliarsi se la stampa si interessa dello sviluppo culturale della nostra popolazione sudtirolese.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Spazio vitale!

MAGNAGO (Vice Presidente): Per quanto riguarda la domanda rivoltagli, non so da chi, se il C.U.C. avrà un contributo, Mayr dice che non può esprimersi in questo momento perchè le domande di contributo verranno esaminate dopo l'approvazione del bilancio. Nardin propone di scrivere la storia dell'Alto Adige e non sa per chi deve scrivere questa storia, se per il gruppo tedesco o per quello italiano. Comunque raccomanda l'edizione del libro

apparso da poco «Südtirol in Not und Bewährung». In base al famoso criterio della « mens legis » di Molignoni

MOLIGNONI (P. S. D. I.): No! E' del Ministro della Pubblica istruzione.

MAGNAGO (Vice Presidente): di Molignoni perchè lei l'ha citato spesso.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Ma non inventato!

MAGNAGO (Vice Presidente): è stata anche respinta in base a questo criterio la legge che prevede i contributi a favore di studenti medi ed universitari. Stranissimo che mentre qui in Italia si parla tanto di Europa, in base a quella famosa mens legis, si sia creduto di rifiutare e non permettere di dare il contributo a quegli studenti che intendono frequentare le università all'estero. Si parla di accordo culturale italo-tedesco e si tralasciano i sudtirolesi. E' una strana concezione questa! Per quanto riguarda il riconoscimento dei titoli di studio siamo sullo stesso piano, da una parte si parla di Europa dall'altra parte si tiene una linea di condotta tutta contraria. Ci sarebbe l'esempio della Germania, in quanto in tema di riconoscimento di titoli di studio è molto larga. Poi ha parlato di frequenza obbligatoria della scuola; in Italia la prima disposizione di legge prevedeva tre anni, poi si è passati a 5 anni, e infine con la riforma Gentile si sono previsti 8 anni di scuola, cioè la frequenza obbligatoria dai 6 ai 14 anni di età. Però i programmi sono tutti fra i 5 e i 6 anni e non per gli otto di scuola, come prevede la legge; solo nei centri più grandi si sono istituiti corsi integrativi popolari per completare i programmi. Nell'Italia meridionale molti non frequentano più questi corsi integrativi e la legge non prevede che essi debbano andare nelle città a frequentare le scuole integrative popolari; questa 6a, 7a ed 8a, per le quali non esiste nemmeno il programma, costituiscono per noi la piattaforma del concetto di postelementare previsto all'art. 11 dello Statuto di autonomia. Però in questa non c'è più la frequenza obbligatoria. In altre parole, l'Assessore Mayr dichiara che il concetto di postelementare non è identico con la 6a, 7a e 8a elementare. Per quanto riguarda il numero degli scolari che sono stati richiesti, egli fa delle statistiche della scuola elementare 45417 alunni: di cui 31055 del gruppo tedesco, 12356 del gruppo italiano, 1966 del gruppo ladino; scuole medie: alunni tedeschi 4965, italiani 6674, ignora il numero dei ladini perchè non è riuscito ad ottenere questo dato in tempo. E' stato detto che il criterio della distribuzione delle borse di studio non è stato equo dal lato della

giustizia distributiva. Però non si deve dimenticare che è proprio la popolazione tedesca che ha maggiori necessità, in quanto le scuole medie si trovano in città e non in campagna e quasi tutta la popolazione tedesca deve mandare i propri figli in città con enormi spese, mentre la maggioranza della popolazione italiana è in città. Quindi era necessario dare delle borse di studio a favore del gruppo etnico tedesco e lo dimostra il fatto che dal 1946 al 1951 nel gruppo tedesco abbiamo un aumento di 991 unità di studenti medi; dal 1951 al 1955 un ulteriore aumento di 1544 unità frequentanti la scuola media tedesca. Ciò dimostra che, se ci sono possibilità economiche, la popolazione ed i genitori del gruppo tedesco mandano i figli alla scuola media, e solo necessità contingenti e sociali possono costituire ed hanno costituito un impedimento. Poi tutta la statistica del personale insegnante; anche questa è stata chiesta nel corso della discussione; abbiamo 236 insegnanti nella scuola media tedesca, 485 nella scuola media italiana, nella ladina 10. Per gli insegnanti di lingua tedesca c'è una media di 21 alunni, mentre per gli insegnanti di lingua italiana la media è di 12,8 alunni. Poi la scuola elementare: maestri di lingua tedesca 1180, di lingua italiana 980, ladini 72; per i maestri di lingua tedesca c'è una media di 26,5 alunni, per i maestri di lingua italiana la media è di 12,2 alunni. Inoltre è stato fatto anche l'organico per gli insegnanti in soprannumero che il Provveditorato cerca di collocare e di distribuire; non so se nelle statistiche di questi maestri di lingua tedesca sono compresi anche gli insegnanti in soprannumero. Comunque dalle statistiche risulta una media di 12,6 scolari per i maestri italiani nei confronti di una media di 25 scolari per i maestri di lingua tedesca. Qui abbiamo anche, in certe località, un maestro per due o tre scolari soltanto e qui qualche volta viene sfruttata l'ignoranza del Comune in quanto si cerca di obbligare il Comune ad aprire una classe dove non c'è nessun obbligo legale da parte del Comune, perchè la legge prevede che la minoranza, qualunque essa sia, debba avere otto scolari e solo quando c'è questa premessa il Comune è obbligato ad istituire la scuola e l'aula scolastica. Chiedere al Comune di istituire una aula scolastica quando c'è un numero inferiore di scolari non è una richiesta fatta in base alla legge. Poi viene a parlare del convegno triveneto. Abbiamo sentito delle proposte molto strane a questo famoso convegno triveneto, che Mayr non definisce convegno di studi, ma convegno di politica.

MITOLO (M. S. I.), MOLIGNONI (P. S. D. I.):
Politica scolastica? D'accordo perfettamente!

MAGNAGO (Vice Presidente): Non ho detto politica scolastica, ho detto politico.

NARDIN (P. C. I.): E noi aggiungiamo scolastica!

MAGNAGO (Vice Presidente): Qui è stata fatta una proposta molta strana. E' stata fatta la proposta per la scuola ladina che toglierebbe il carattere trilingue alla scuola ladina per ridurla a scuola bilingue, prevedendo l'insegnamento nella lingua italiana e ladina. Poi è prevista bensì la conversazione in lingua tedesca, ma noi abbiamo già gli esempi pratici e possiamo portare le prove di dove va a finire la famosa conversazione in lingua tedesca. La cosa più interessante fra queste proposte di un maestro, che in base alla sua età, da Molognioni definitiva veneranda, dovrebbe avere una grande esperienza in campo scolastico...

MOLIGNONI (P. S. D. I.): La ha!

MAGNAGO (Vice Presidente): il fatto più interessante che propone è questo: coloro che vogliono insegnare nella scuola ladina devono frequentare la scuola media italiana. Questa è la proposta che ci fa maggiormente stupire e questa proposta viene da gente che dovrebbe avere una grande esperienza. Questa gente, compreso Molognioni, vede nella scuola ladina solo un mezzo per ottenere uno scopo.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Quale?

MAGNAGO (Vice Presidente): Politico, evidentemente! Lo Stato dovrebbe comandare ed essere padrone assoluto e gli altri dovrebbero marciare ed i genitori non conterebbero più niente. Però secondo la nostra concezione cattolica è diritto dei genitori di mandare i bambini nella scuola dove desiderano che sia...

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Ma lo rispettiamo anche noi questo!

MAGNAGO (Vice Presidente): Al Convegno triveneto sono state fatte altre allusioni; si sono sentite lamentele per cui tanti maestri italiani qualificati con titolo di studio a posto non hanno lavoro, mentre maestri di lingua tedesca avrebbero lavoro, e da questa constatazione possiamo già intravedere la prima fase di attacco all'art. 15. Si cita l'esempio di un maestro della Ladinia, il quale, mutilato di guerra, con il titolo in ordine — è un episodio recente — dopo aver vinto il concorso, dopo aver ottenuto nonostante la sua mutilazione

l'attestato medico di abilitazione all'insegnamento è stato improvvisamente licenziato per incapacità ed aveva insegnato per otto anni ed aveva ottenuto la nota 8.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Anche Steiner è stato licenziato, ed era ottimo!

MAGNAGO (Vice Presidente): Dopo parlerà lei!

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Non posso più parlare, mi spiace che non posso più parlare!

MAGNAGO (Vice Presidente): Ha parlato 5 ore, e lui ha parlato mezz'ora! Nei riguardi di questo licenziamento e per porre in evidenza anche l'animo di coloro che hanno provveduto, è caratteristica l'espressione fatta dal Direttore scolastico in un'assemblea pubblica: — siamo contenti di aver finalmente tolto un tedesco da questa scuola, un supertedesco!

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Chi è questo?

MAGNAGO (Vice Presidente): Aver tolto un supertedesco dalla scuola! Questa è la base e « la mens legis » citata da Molognioni. Un altro caso più lontano è quello della scuola Cairoli che oggi in questo Comune è l'unica scuola quasi tedesca, cioè frequentata da alunni di lingua tedesca.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Con 20 classi italiane fino a ieri!

MAYR (S. V. P.): Ma c'è la maggioranza tedesca!

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Ma 20 classi italiane, sono 600 alunni!

PRESIDENTE: Non fate polemiche consiglieri Molognioni e Mayr!

MAGNAGO (Vice Presidente): E' l'unica scuola quasi tedesca, ho detto, dove c'è una percentuale maggiore di alunni di lingua tedesca in confronto alle altre scuole elementari di qui; che poi ci siano 20 classi non interessa.

MAYR (S. V. P.): 42 insegnanti tedeschi, 24 italiani due anni fa!

MAGNAGO (Vice Presidente): In questa scuola i maestri di lingua tedesca avevano chiesto di intitolare la scuola a Goethe, e ci fu subito oppo-

sizione da parte dei maestri italiani, nonostante il parere favorevole degli enti competenti per legge e la pratica è stata insabbiata; si è detto ai maestri tedeschi che non si poteva cambiare il nome e che non si tratta di un nome che ricorda il fascismo ed il passato regime. Ora qui l'Assessore dice che il nome di Cairoli è molto noto nel Risorgimento italiano, che è stimato, ma comunque che è stato dato alla scuola sotto il fascismo e sotto il fascismo è stato tolto il vecchio nome.

CONSIGLIERE: Ma non era fascista!

PANIZZA (Assessore agli Affari Sociali, D. C.): Aveva la tessera ad honorem.

MITOLO (M. S. I.): Non era fascista!

MAGNAGO (Vice Presidente): Non mi hanno compreso, ho spiegato e non ripeto.

MITOLO (M. S. I.): Dante Alighieri non era fascista per caso?

PANIZZA (Assessore agli Affari Sociali, D. C.): Non si sa mai!

MAGNAGO (Vice Presidente): In Italia a noi delle minoranze si dice sempre di essere europei. Per quanto riguarda l'autonomia scolastica è interessante come si interessano tutti: Sindacato, professori, scolari e studenti perchè vengano mobilitati per convincere i maestri tedeschi a non simpatizzare alla progettata autonomia della scuola. Si dice: non ascoltate i signori della S. V. P. che vi ingannano; ricordate i vecchi tempi in cui il Parroco e il Sindaco facevano il bello ed il brutto tempo nella scuola dei paesi; questi tempi torneranno quando la scuola passerà sotto la Provincia. Ricordatevi di questi tempi, torneranno; ricordate che avete i biglietti gratuiti per la ferrovia: domani passando sotto il controllo della Provincia questi li perderete ed altre frasi demagogiche di questo genere. Queste manovre però non riusciranno certamente.

Teodone! Si è fatto molto chiasso su Teodone! L'Assessore ed il Presidente dell'Unione Contadini accompagnati dal Direttore hanno fatto una visita alla scuola, fin qui non c'è niente da dire, perchè queste persone potevano considerarsi anche i rappresentanti dei genitori; per quanto riguarda il resto...

NARDIN (P. C. I.): Finalmente!

MAGNAGO (Vice Presidente): ... il Direttore avrebbe potuto con un po' di energia dire ad un

certo momento: prego, signori, questa non è una discussione da fare qui, andiamo in ufficio. E' deplorevole però lo sfruttamento che oggi si fa di un episodio isolato per cercare di ostacolare ed impedire l'attuazione dell'autonomia scolastica desiderata dalla popolazione di lingua tedesca. Noi siamo sempre fedeli al diritto naturale dei genitori ed alla concezione cattolica e con ciò al diritto della separazione degli alunni per gruppi linguistici, perchè quello della lingua è un diritto naturale come quello della difesa della propria lingua. Ricordiamo benissimo il tempo passato con altri tipi di scuola che per noi rappresentavano ed hanno rappresentato un periodo mortale ed hanno arrecato enormi danni. La premessa per tutelare le minoranze, e tutti sono d'accordo almeno a parole di dire che la minoranza va tutelata, la premessa è nella tutela della scuola della minoranza, scuola con propri insegnanti, programmi e sistemi di insegnamento;

MAYR (S. V. P.): Metodi!

MAGNAGO (Vice Presidente): se manca una di queste tre basi, si inizia la assimilazione nazionale della scuola della minoranza!

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Dell'Antonio, se nessun altro prende la parola!

MITOLO (M. S. I.): La prendo io!

PRESIDENTE: Non era iscritto, comunque Mitolo prenda la parola!

MITOLO (M. S. I.): Nell'intervento di Mayr c'è solo un punto del quale mi occuperò e che mi ha colpito. E' stato toccato anche da altri consiglieri prima di lui, ed è quello che riguarda la difesa del diritto della stampa estera di occuparsi delle cose dell'Alto Adige. Dice Mayr, e con lui altri che la pensano come lui, che si tratta della difesa di un diritto che attiene alla difesa dello spazio culturale tedesco. Non so se i giornali tedeschi ed austriaci che fino ad oggi hanno voluto illustrare ai loro lettori la situazione dell'Alto Adige abbiano inteso con questo assolvere a questo diritto così alto, quasi universale, riconosciuto, o se non abbiano invece inteso fare della cronaca pura e semplice allo scopo di illustrare la situazione sotto certi punti di vista di carattere politico. Ed è su questo che noi dissentiamo, sul punto di vista di carattere politico al quale si sono ispirati questi articoli che più volte hanno richiamato l'attenzione di noi italiani e che noi intendiamo dichiarare e dire che non siamo d'accordo con coloro che hanno scritto e che voi sostenete; e riteniamo che fino ad oggi la stampa, sia

germanica che austriaca, sia francese che inglese, che si è occupata dei fatti dell'Alto Adige, abbia dimostrato di essere stata ispirata da chi aveva interesse ad ispirarla in quel certo senso, cioè da voi signori della S. V. P.! Per esempio abbiamo letto in alcuni giornali, non ricordo bene se tedeschi o austriaci, a proposito delle cosiddette continue recriminazioni sullo stato dei rapporti dei due gruppi etnici, fra gli altri motivi, che la vostra opposizione e le continue recriminazioni sono giustificate dal pericolo dell'espansione del comunismo, perchè questi italiani che vengono dal sud sono quasi tutti comunisti. Noi non ci siamo preoccupati di quello che era detto, ma abbiamo notato in questa affermazione la falsità enorme, un motivo di speculazione politica; perchè sapete benissimo che la maggior parte degli italiani che viene dal sud non è comunista, come la maggior parte degli italiani dell'Alto Adige non è comunista, perchè il comunismo — grazie a Dio — in Provincia di Bolzano, è, non dico trascurabile, ma quasi. D'altra parte se questa stampa voi l'avete ispirata ed aveste voluto essere obiettivi avreste dovuto aggiungere dell'altro, che in materia di autonomismo i comunisti sono sullo stesso piano vostro, in materia di autonomia sono i difensori di questo istituto tanto quanto voi, sono accesi autonomisti. Quando si parla di autonomia i comunisti, per bocca di Nardin, ne prendono le difese e voi non vi alzate mai contro di loro, accettate questa difesa ed in cuor vostro siete lieti il che dimostra che sul piano dell'autonomia vi serve anche il Comunismo. Questo avreste dovuto metterlo su questo giornale. Se foste veramente anticomunisti, vi ribellereste alla difesa che il Comunismo fa all'autonomia, e non lo fate. Lasciamo stare lo spazio culturale tedesco che in queste cose non c'entra. Nessuno vi disconosce il diritto di difendere i vostri ideali, il vostro diritto alla cultura tedesca. Però noi vorremmo che questa difesa fosse fatta prescindendo dalla speculazione di carattere politico e senza alterazioni di quella che è la realtà che non deve essere assolutamente mistificata. Quando voi difenderete questo vostro diritto nel rispetto della legge, nel rispetto di quella che è la situazione politica immutabile che esiste in Italia, voi vedrete che troverete comprensione anche da parte di coloro che sono come me antiautonomisti perchè vedono nella concezione che avete dell'autonomia un pericolo per quella unità nazionale alla quale noi tanto teniamo.

PRESIDENTE: La parola a Nardin, per fatto personale, perchè gli sono state attribuite dell'idee che non ha espresso.

NARDIN (P. C. I.): Credo che potrebbe anche

essere inutile questo mio brevissimo intervento, ma vorrei solo dire al consigliere che mi ha preceduto che per lo meno quando parla, ascolti bene, perchè il partito comunista fino a prova contraria, è il difensore dell'istituto che c'è, e parte da questa realtà.

MITOLO (M. S. I.): Non ho detto il contrario!

NARDIN (P. C. I.): e questo non significa essere i difensori dell'autonomia come lo sono quelli della S. V. P., anzi credo che in sei o sette ore che ho parlato nella discussione generale sul bilancio ho sufficientemente chiarito il mio punto di vista e quello del mio Partito ed ho illustrato anche la strada sbagliata continuamente seguita dalla S. V. P., strada falsa nella difesa e nell'attuazione dello Statuto di autonomia. C'è una bella differenza: siamo per la difesa di un istituto che esiste per l'attuazione giusta dello Statuto di autonomia, come per la giusta attuazione della Costituzione, dal momento che lo Statuto di autonomia è l'integrazione della Costituzione per quanto riguarda la nostra Provincia e Regione. Ma con questo significato: noi siamo per l'autonomia perchè questa sia nell'Alto Adige e nel Trentino uno strumento di pacifica convivenza e di reale progresso e non strumento di parte sul piano economico, sul piano politico ed ideale, uno strumento di divisione e di discriminazione di razze. Ora fra questa posizione che io credo sia la posizione di un buon democratico, e la posizione differente della S. V. P. c'è un abisso, quindi quando parliamo di coloro che fanno male l'autonomia, non siamo sullo stesso piano della S. V. P. che si lamenta di coloro che fanno male l'autonomia. Ho anche dimostrato, e non c'era bisogno che lo dimostrassi, che fra l'altro i dirigenti della S. V. P. si lamentano di coloro che fanno male l'autonomia, ma sono loro i più solidi complici e danno il voto al Governo che viene accusato dalla S. V. P. di fare male l'autonomia, e sono coloro che criticano il partito di maggioranza, la D. C., e con questo partito perfettamente gestiscono le cose regionali, la politica provinciale e comunale. Quindi dicevo che questo « mea culpa » deve essere recitato da altri, ma particolarmente dai dirigenti della S. V. P. perchè si lamentano della loro stessa politica e non sono conseguenti nel fare la denuncia di questa contraddizione cercando di mascherare sotto falsi pretesti la loro responsabilità di fronte ai sudtirolesi e mascherare il fallimento della loro politica e quella dei partiti che sono alleati con la S. V. P. di fronte ai sudtirolesi ed alla popolazione. Quindi fra questa posizione e la nostra c'è una bella differenza; la nostra posizione è sbagliata secondo Benedikter; mi convincerò sempre

più che è giusta appunto perchè lui dice che è sbagliata.

MOLIGNONI (P. S. I.): Domando la parola per fatto personale!

PRESIDENTE: Non ho riscontrato il fatto personale!

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Nella questione della scuola Adelaide Cairoli, c'è il fatto personale che mi riguarda, perchè sono io quello che ha impedito che fosse tolto il nome di Cairoli, e non fosse dato il nome di Goethe; sento il bisogno di chiarire.

MAGNAGO (Vice Presidente): Non c'è fatto personale, c'è fatto personale quando la sua persona viene direttamente toccata e se le sono attribuite idee diverse da quelle espresse da lei.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Mi sono state attribuite, perchè si è detto che non ho cambiato il nome per una questione politica. Io devo dimostrare perchè non si è cambiato il nome,

MAYR (S. V. P.): Non lo so!

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Ero il direttore di quella scuola alla riunione degli insegnanti. Avrei già finito.

PRESIDENTE: Non lo credo!

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Me li dà due minuti? Mi piacerebbe rispondere.

PRESIDENTE: Non so.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Ma sì, so di non poterlo fare, ma lo faccio; ho parlato anche troppo nella discussione del bilancio. Ho fatto l'errore di fare tutti due gli interventi all'inizio un altro anno il secondo lo terrò per la fine. Sulla questione della scuola Cairoli: sono d'accordo che la scuola abbia una denominazione bilingue. Cambiare il nome alla scuola significa accantonare il nome, non la scritta, l'etichetta, la targa, ma cambiare un nome che rappresenta una personalità alla quale è stata dedicata quella scuola. C'è la legge secondo la quale si muta il nome alla scuola solo quando il nome a cui la scuola è dedicata sia compromesso con il fascismo. Il nome Cairoli non mi sembra che possa essere confuso in questo senso; rappresenta una madre modello del Risorgimento italiano, l'hai detto tu stesso, ne hai riconosciuto il valore morale. La scuola ospita 20 classi di lin-

gua italiana, cioè 700 ragazzi di lingua italiana. Ho difeso questa tesi perchè legalmente si doveva difendere e moralmente mi hanno definito « colui che la difese a viso aperto » e sono rimasto orgoglioso di questa definizione. Volete la scuola Goethe e avete una scuola intitolata ad una via, la scuola Weggenstein; quella è una scuola di lingua tedesca, quella chiamatela scuola Goethe; quando passeremo davanti ad essa rivolgeremo un pensiero all'università della cultura rappresentata da Goethe, come quando rivolgiamo il pensiero passando davanti alla scuola Dante Alighieri.

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): Se qualcuno avesse potuto illudersi che il bilancio può essere discusso senza fare della politica, credo che dopo aver appreso un po' del contenuto delle discussioni che si sono fatte in questi giorni, si è dovuto ricredere. Chiedo scusa se dissentendo, non perchè non sia d'accordo sul fatto che si possa parlare anche di politica, ma per abbreviare la discussione, mi limiterò a trattare solo la materia amministrativa. Molignoni ha cominciato auspicando una maggiore attività legislativa dicendo che molte sono quelle materie che devono essere inquadrare in modo da poter rendere efficiente lo Statuto. Sotto questo punto di vista nulla da eccepire, ma forse vorrei dissentire quando dice che se si interpongono lunghe vacanze alle riunioni del Consiglio questo potrebbe ingenerare qualche perplessità nel pubblico, il quale penserebbe che i consiglieri, dopo qualche giorno di seduta, si riposano tranquillamente in attesa che venga il secondo turno delle riunioni. Non è così, perchè tutti sappiamo che quello che viene detto in Consiglio è la conclusione, il risultato di un lungo lavoro di preparazione che viene svolto quasi esclusivamente al di fuori di quest'aula. Quando noi ci riuniamo qui, portiamo qui il risultato di tutto quanto è stato preparato in altra sede. Quindi la cifra posta in bilancio, dico fra parentesi non si riferisce al 19.65%, si riferisce alle spese fatte dalla Presidenza del Consiglio e della Giunta e dell'Assessorato agli affari generali e comprende sia gli stipendi agli impiegati come anche le spese relative agli affari culturali e quella parte della pubblica sicurezza, tutte le materie insomma che sono di competenza della Presidenza del Consiglio e della Presidenza della Giunta e dell'Assessorato agli affari generali, e quella spesa del 0,37%, non mi sembra che sia eccessiva se si considera appunto il lavoro fatto dai consiglieri al di fuori di questa aula, quella che deve essere la preparazione in sede di Commissioni, la raccolta dei dati per presentare le leggi sia da parte degli Assessori sia da parte dei consiglieri. Passando ad esaminare il progetto di legge trova-

va una certa illogicità. Francamente posso anche condividere in parte questo parere, ma si può anche ragionevolmente sostenere la tesi che come è messo il progetto o disegno di legge non si possa dire illogico; infatti al 1. articolo si autorizza la riscossione delle entrate, all'art. 2 si consente l'applicazione di sovrainposte, all'art. 3 si autorizza il pagamento delle spese e all'art. 4 si dicono le modalità secondo le quali queste operazioni devono essere fatte. All'art. 5 infine sono citate le risultanze finali di tutto il bilancio. Ma se si vuole anche premettere, come proposto da Molignoni, l'art. 5 e dare prima le conclusioni e poi la spiegazione, è una questione formale sulla quale non mi soffermerò a lungo. Se si intende portare una variante in questo senso credo che non vi saranno grandi difficoltà di accettare, ferma restando la sostanza del progetto di legge. Ora veniamo all'argomento più importante, quello delle sovrainposte; indubbiamente Molignoni ha detto che noi abbiamo un avanzo economico di 137 milioni, e come prima conclusione ne traeva l'opportunità anzi la necessità, che è stata poi concretata in un ordine del giorno proposto alla Giunta anche a firma di Molignoni, di retrocedere la sovrainposta dal terzo limite al primo limite. Dal punto di vista giuridico il ragionamento fatto da Molignoni non fa una grinza; effettivamente la legge era stata prevista in considerazione del pareggio del bilancio, del conto economico; quindi fermandosi a questo si dovrebbe dedurre che le supercontribuzioni non dovrebbero essere applicate. Però vi prego di considerare la questione sotto un altro punto di vista, quello dell'interesse della pubblica amministrazione; noi ci troviamo nella fortunata circostanza per cui solo le Province di Bolzano e di Milano applicano le sovrainposte al terzo limite; tutte le altre Province d'Italia applicano le sovrainposte e contribuzioni; però la legge che si deve applicare è uguale per tutto il territorio e da questo punto di vista, finché non verranno delle riforme, bisogna tener conto che è logico pensare che le Province d'Italia si troveranno in spareggio economico ed applicano le sovrainposte, anzi le supercontribuzioni, malgrado si trovassero in pareggio ed avessero anche il conto economico attivo; effettivamente la sovrainposta era sorta con lo scopo preciso, come ho detto prima, di raggiungere il pareggio, ma è diventata gradualmente una delle colonne dell'economia provinciale, e si è talmente consolidata che si è ritenuto che questa dovesse essere un cespite dal quale non si doveva retrocedere, salvo circostanze particolari. Questa norma abbiamo seguito, perché abbiamo avuto due bilanci dove non avevamo il pareggio economico e tuttavia non siamo ricorsi alle supercontribuzioni, ma abbiamo pensato che l'imposta

così com'è applicata oggi possa essere sopportabile; non abbiamo voluto dar luogo a fluttuazioni troppo marcate ed abbiamo voluto accettare questo introyto in modo costante senza fare balzi indietro o in avanti a seconda delle necessità di bilancio. Ora, ritornare al primo limite, oltre alla perdita per la pubblica amministrazione si costituirebbe una difficoltà pratica all'attuazione, perché la sovrainposta com'è prevista nel progetto di bilancio è stata applicata ai ruoli e quindi si dovrebbe domani procedere al rimborso di certe quote, il che dà luogo sempre ad un lavoro non indifferente e comunque non semplice. In ogni caso se questo si volesse applicare potrebbe essere fatto per l'avvenire,

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Come raccomandazione!

DELL'ANTONIO. (Assessore alle Finanze, D. C.) e non per questo anno. Penso però che togliere questa modesta contribuzione, particolarmente per quanto riguarda i contadini, non sia proprio necessario. Più di una volta da questi banchi si è levata una protesta per la particolare cura di cui i contadini sono oggetto, si dice che l'Assessorato all'agricoltura è quello che assorbe la maggior parte delle disponibilità di bilancio, che i contadini sono aiutati troppo, non in se stessi, ma in rapporto alle altre categorie. Sotto questo punto di vista sottoscrivo in pieno questo concetto perché l'artigiano è aiutato in misura di gran lunga inferiore. Ho girato molto, ed ho parlato con contadini ed ho sentito raramente una categoria così concorde nell'ammettere che effettivamente la Regione e la Provincia hanno fatto molto a loro favore. C'è sempre quello che dissente, ma i malcontenti ci saranno sempre, ma in via di massima però si è riscontrata una certa soddisfazione per l'opera fatta dall'Ente autonomo. In sostanza quello che vogliamo togliere attraverso questa modesta contribuzione viene poi ritirato abbondantemente con l'altra mano, e sarebbe facile fare un gioco di questo genere, di togliere cioè l'imposta sui terreni e ad eliminare i contributi dall'altra parte; quindi i contadini verrebbero ad avere sempre quello che hanno avuto fino adesso. Mi pare che non sia il caso di ricorrere a questi sistemi e che sia molto più semplice lasciare la situazione com'è evitando anche domani in caso di spareggio economico di arrivare alle supercontribuzioni. Credo che questo si possa fare anche in considerazione che quando siamo stati in passività non siamo ricorsi a questo sistema. Ora veniamo ad un altro punto: Molignoni richiamava l'attenzione della Giunta sulla suddivisione fra spese obbligatorie e spese facoltative e ci diceva di essere molto cauti in questa suddivisione

anche perchè lo Stato potrebbe in sede di approvazione del bilancio, potrebbe aver da ridire e ritardare l'approvazione con tutte le conseguenze che questo ritardo porterebbe con sé. Francamente da questo punto di vista non mi preoccuperei eccessivamente, perchè anche il bilancio della Regione e quello della Provincia di Trento è stato approvato con una certa larga visione in considerazione appunto della autonomia vigente in queste Provincie. Spese obbligatorie sono quelle che sono state definite nel regolamento del 1911, ma tanta acqua è passata sotto i ponti da allora e quello che una volta era considerata spesa assolutamente facoltativa oggi, con l'evolversi della mentalità sociale e con una comprensione maggiore dei bisogni della collettività, si tende a considerare obbligatoria. Questo avviene anche nello Stato: per esempio i profughi; le provvidenze a favore dei profughi d'Africa e giuliani vengono considerate obbligatorie, benchè queste non fossero precisamente tali; si è ottenuto, in omaggio al suddetto principio, di accettare come obbligatorie quelle spese che vanno incontro ai bisogni del popolo, in modo che il numero delle spese obbligatorie andrà sempre più aumentando. Penso che la Commissione per la finanza locale che sta procedendo nel suo lavoro a Roma si attenga a questo concetto. Ora veniamo all'avanzo di amministrazione: durante il 1954 la Giunta si è resa conto, verso la fine, che l'avanzo di amministrazione avrebbe potuto essere abbastanza sostanzioso, pur non essendo allora arrivati a conclusioni definitive sulla cifra ma già nel dicembre, quando si preparava il bilancio, si aveva la sensazione che qualche cosa sarebbe rimasto. E' in considerazione di questo che la Giunta Provinciale ha ritenuto di fare e di tenere ancora limitate nell'inclusione del bilancio quelle spese che si riferiscono alle strade, alla creazione del Provveditorato agli Studi, ed anche il secondo lotto per l'erezione di una nuova ala dell'edificio della Provincia.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Qui?

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): Sì, una nuova ala che dovrebbe sorgere dall'altra parte del Palazzo per richiamare tutti quegli uffici che abbiamo fuori; ed in previsione delle facoltà nuove concesse alla Provincia in base alle nuove leggi che dovrebbero comportare un aumento del personale. 40 milioni sono già stati portati in bilancio per completare l'edificio e ci vorrebbero ancora circa 40 milioni, quindi la somma in bilancio era già stesa in via di massima, e la Giunta ha ritenuto di lasciare il bilancio come era, e di preparare un piano da presentare subito dopo la riu-

nione del Consiglio per procedere all'esame delle proposte che la Giunta stessa farà. Dico subito quali sono le proposte che la Giunta ha in animo di fare. Forse è bene premettere che l'effettivo avanzo di amministrazione è di 324.208.075. Questa è la cifra esatta che risulta dall'avanzo alla chiusura dell'esercizio finanziario 1954. Su questa cifra ...

MOLIGNONI (P. S. D. I.): E poi detrarre quello che è stato messo in bilancio?

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): No, questa è la risultanza del 1954, quello che è stato applicato qui era stato risparmiato sui bilanci antecedenti, e quindi attualmente possiamo contare su questa cifra. Però guardate che non tutta questa cifra è liquida; noi abbiamo inserito delle cifre anche notevoli, perchè sono accertate ma non sappiamo quando potremo incassare, perchè questa possibilità non dipenderà del tutto dalla nostra volontà. Tuttavia penso che gran parte di questo importo si potrebbe senz'altro spendere anche se non sarà completamente incassato; si potrebbe affrontare la spesa con la situazione di cassa favorevole che abbiamo; sarà bene comunque che una certa cifra sia mantenuta anche per i prossimi anni, perchè probabilmente anche nei prossimi anni potremo avere qualche opera e perchè se si concentrasse il lavoro tutto su un unico periodo si graverebbero eccessivamente gli uffici della Provincia, specialmente gli uffici tecnici che non sarebbero in condizioni di smaltire il lavoro tutto in una volta, almeno con il personale attualmente in funzione. Detto questo la Giunta proponeva una quota per la creazione del Provveditorato agli Studi. Questo mi sta particolarmente a cuore, oltre che per le ragioni morali che consigliano di trovare una sede adeguata alla importanza del Provveditorato, specialmente per conseguire il risparmio di quei famosi tre milioni, come giustamente Mollgnoni ha rilevato. Anzi dico subito che avrei quasi preferito vederlo già inserito in bilancio, ma in considerazione che questo sarebbe avvenuto subito dopo, non ho insistito in merito a questa precedenza rispetto ai lavori degli uffici. Secondo punto, stanziare altri 40 milioni.

NARDIN (P. C. I.): Quanto per il Provveditorato?

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): Potrà venire 80 milioni; guardate che non sono cifre ancora definitive, perchè il progetto definitivo è in lavorazione.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Grosso modo!

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): 40 milioni per quanto riguarda il secondo lotto per la costruzione dei nuovi uffici provinciali; il rimanente si potrebbe devolvere per la costruzione di strade, come da più parti è stato suggerito e noi ci rendiamo conto che ciò sarebbe opportuno.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Per l'elidizia popolare, niente?

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): Naturalmente queste proposte saranno fatte dalla Giunta e precisamente si intendeva pregare il Presidente del Consiglio Provinciale di voler convocare la Commissione alle Finanze in maggio, anche perchè nel frattempo la Giunta avrebbe il tempo di preparare i progetti e potrebbe sottoporre al Consiglio il preventivo costo abbastanza dettagliato, possibilmente definitivo. Quindi questo margine di tempo dovrebbe essere lasciato, e la Giunta prende l'impegno di convocare alla fine di maggio o agli inizi di giugno il Consiglio allo scopo di suddividere l'avanzo di amministrazione. Il cons. Molignoni faceva giustamente rilevare che l'anno scorso una certa promessa non è stata mantenuta; non posso che darne atto; il Consiglio non è stato più convocato e forse non si è pensato di convocarlo per l'avanzo di amministrazione che allora era modesto e non così consistente come quello di quest'anno e quindi poteva trovare una sistemazione anche nel corso dell'anno. Quest'anno la situazione è differente e senz'altro questo impegno sarà mantenuto. Un altro punto prospettato dal cons. Molignoni si riferisce all'imposta di famiglia. Egli diceva che sarebbe opportuno che la Giunta in sede di tutela esercitasse certe pressioni sui Comuni per far sì che l'applicazione di questa imposta avvenisse in un certo modo abbastanza omogeneo. Guardate che l'imposta di famiglia è tra le imposte certamente quella che è di più difficile applicazione. Lo so per esperienza diretta, perchè sono stato Sindaco, ed anch'io so quanto fosse difficile trovare una linea. E' facile dal punto di vista dell'Ente, perchè è comoda, perchè attraverso questa imposta si può trovare un cespite, ma dal punto di vista contributivo può dare luogo a notevoli sperequazione perchè i criteri sono così vaghi e vasti che ogni Comune la applica a modo suo. Ma questo è anche un po' nella natura dell'imposta stessa. Perchè naturalmente la situazione finanziaria dei singoli Comuni è varia, quindi le necessità sono diverse, e l'imposta di famiglia si deve adeguare alle necessità dell'Ente. Forse è anche opportuno che questa possibilità ci sia, perchè la sperequazione credo

sia da attribuirsi non a mala fede delle commissioni istituite nei Comuni, ma piuttosto alla difficoltà che si adottano criteri non troppo ligi e rigidi, perchè quando si deve applicare l'imposta di famiglia secondo il tenore di vita, quale è il criterio con cui si deve giudicare il tenore di vita? Una persona può all'apparenza condurre un certo tenore di vita ed in sostanza...

MOLIGNONI (P. S. D. I.): C'è chi salta i pasti per vestire!

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): E' esatto, Molignoni! Quindi è un criterio molto difficile che dà luogo ad infinite contestazioni. Penso che alla Giunta Provinciale il suggerire un unico criterio possa essere impedito dal fatto che le necessità dei Comuni sono differenti e la situazione degli abitanti di un Comune differisce grandemente da quella degli abitanti di un altro Comune, per cui interferire in questa specifica competenza del Comune sarebbe forse inopportuno. Si possono però dare delle direttive, purchè molto vaghe, cercare che le Commissioni siano formate da elementi capaci; tutte le Commissioni che hanno questo compito sono certamente quelle che hanno le maggiori difficoltà nell'applicazione equa dell'imposta.

Nardin auspicava un maggiore coraggio da parte della Giunta nel prendere l'iniziativa di nuovi lavori ed intraprendere le costruzioni necessarie. Come criterio generale questo è buono, ma ci sono dei limiti a questo maggior coraggio da dimostrare. Comprendiamo che sarebbe per noi facile in un certo senso e, per richiamare il concetto espresso da Molignoni, anche vantaggioso il punto di vista di intraprendere opere e di impinguare capitoli che si riferiscono a contributi dati a singoli cittadini. Se, per esempio, si decidesse di fare un intervento massiccio sulla legge delle case popolari, certamente colui il quale si vedesse consegnare 500 mila lire di contributo ci sarebbe enormemente riconoscente e non starebbe certo a guardare se questo importo lo paghiamo perchè abbiamo assunto un mutuo o lo facciamo semplicemente perchè la tesoreria della Provincia è piena di milioni. Per far colpo sulla pubblica opinione, questa sarebbe una politica ottima! Ma d'altro canto, premesso che restano le basi e che certe leggi perdureranno anche nell'avvenire, (per esempio la legge per le case popolari: ci sarà sempre chi vuole formarsi una famiglia ed avrà bisogno della casa), se noi adesso interveniamo in modo decisivo con una cifra di milioni certamente ci troveremo per l'avvenire a dover rispondere di no anche a quelli che hanno risparmiato il

milione per essere in condizioni di poter affrontare la spesa della costruzione di un alloggio.

Caminiti non si è riferito direttamente al bilancio, ne ha solo lamentato la ritardata presentazione. Noi abbiamo già chiarito il motivo per il quale questo è avvenuto. Naturalmente siamo i primi ad augurarci che questo non si ripeta e per quanto starà in noi faremo di tutto perchè non avvenga più. Dipende anche in parte dalla disponibilità di tempo dei consiglieri commissari ed Assessori e dalla possibilità di non far coincidere il Consiglio regionale con il Consiglio provinciale.

Passando all'intervento del cons. Benedikter troviamo che egli propone una più giusta perequazione e distribuzione dei fondi per la costruzione di strade. La proposta potrebbe anche essere ragionevole, però è ben difficile applicarla praticamente. Non so come la veda l'Assessore ai lavori pubblici, ma penso che quando si inizia la costruzione di una strada, bisogna portarla a termine.

BENEDIKTER (S. V. P.): La domanda è rivolta all'Assessore ai lavori pubblici.

DELL'ANTONIO (Assessore alle Finanze, D. C.): Posso esprimere la mia opinione? Penso che questa proposta, nella sua applicazione, non sia così facile: ci sarà un certo periodo in cui si faranno determinate arterie in altro momento si farà un'altra arteria, ma non si potrà fare un'equa distribuzione anno per anno. La proposta che mi ha sorpreso è stata quella che si riferisce alla opportunità da parte della Giunta di rimettere quei 23 milioni che i Comuni sono ancora debitori verso la Provincia. L'Assessore Benedikter poneva a base di questa sua richiesta il fatto che certe strade allacciano strade comunali con strade provinciali o linee ferroviarie e pertanto, in base alla legge, dovrebbero essere assunte dalla Provincia. C'è un accordo fra la Provincia ed i Comuni: un impegno preciso assunto dai Comuni e questo impegno credo sia bene che sia portato a termine. Eventualmente si potrebbe fare per l'avvenire una cosa del genere, ma arrivare ad un certo momento a dire: chi non ha pagato finora, d'ora in poi non deve più pagare; sarebbe un invogliare tutti coloro i quali si consorziano con la Provincia a ritardare i pagamenti nella speranza che in avvenire la stessa rimettesse questi importi. Si potrebbe fare una discriminazione — che è stata fatta in marzo — fra quelli che possono pagare e quelli che si trovano in dimostrata difficoltà, verso i quali non si è agito con quella energia che forse in altre occasioni è stata auspicata da diversi banchi del Consiglio, perchè da tre anni in qua non abbiamo sentito altro che: cercate di incassare perchè non è giusto

che certi Comuni rimangano indietro. Questa esortazione ci è stata fatta ripetutamente; ora che la Giunta è arrivata a trovare una soluzione soddisfacente nel senso che grosso modo tutti gli importi sono stati recuperati, (rimane una cifra modesta ancora da incassare), ora che si è arrivati a questo punto, non troverei giusto procedere alla remissione a favore dei Comuni, perchè quelli che hanno già pagato si sentirebbero torteggiati. Potrà essere discusso per l'avvenire. Penso tuttavia che finchè i Comuni contribuiscono, finchè certe strade non passano alla Provincia non sarebbe male farli pagare, perchè certi Comuni lo possono fare anche senza sbilanciarsi.

Ora vorrei toccare poche questioni riguardanti la scuola ladina. Me ne ha dato l'occasione quanto ha riferito il prof. Molognoni sulla proposta fatta dall'ispettore Zorzi in occasione del Convegno triestino degli insegnanti e ne ravviso l'opportunità perchè certi articoli apparsi recentemente sulla stampa mi pare non diano esattamente la situazione delle valli ladine. Non sto a rifarmi a quel periodo in cui si chiedeva a gran voce l'insegnamento della lingua italiana; la questione è sorpassata. Mi riferisco a quella parte che ho vissuto e per cui sono in condizioni di poter testimoniare. Ricordo che subito dopo il 1945, si era fatta grande difficoltà perchè si usasse il ladino come lingua strumentale. Questo non faceva altro che ratificare una situazione di fatto. Io ho frequentato i primi anni di scuola elementare nel 1920. Allora c'erano vecchi insegnanti che avevano avuto l'incarico dall'Austria e che conoscevano pochissimo l'italiano; questi però insegnavano in ladino e si scriveva in tedesco; si leggeva sul testo tedesco, ma si insegnava in ladino fino alla terza elementare. Successivamente, con l'avvento del fascismo, al posto del tedesco si è introdotto l'italiano. Quegli insegnanti che erano in condizioni di poter insegnare in italiano in qualche modo hanno continuato ad usare come lingua strumentale il ladino ed insegnavano in italiano, fino a quando è arrivato quel famoso decreto per cui tutti gli insegnanti originari del posto sono stati trasferiti nelle vecchie Province. Comunque quegli insegnanti che avevano una certa cognizione del ladino, nelle prime classi cercavano sempre di adottare questo sistema. Gli insegnanti infatti che avevano una certa conoscenza del ladino venivano messi nelle prime classi per rendere possibile l'insegnamento e non poteva essere diversamente perchè i ladini non conoscevano nè il tedesco, nè l'italiano. Quindi era una situazione di fatto che si sanciva con quella disposizione, però c'è stata una notevole difficoltà. Ora mi riferisco all'articolo apparso recentemente sul « Dolomiten » ed in altro giornale, dove si lamenta una situazione

che se corrispondesse alla realtà sarebbe anche preoccupante. In realtà non è così, perchè sono andato personalmente ad interessarmi, devo dire che questi timori da parte dei genitori non li ho riscontrati. Ho interrogato anche ladini che notoriamente fanno parte della S. V. P. ed anche a quelli ho chiesto: è vero che vi trovate in questa situazione? Ho avuto in risposta che la situazione non era così grave come si vuole far apparire attraverso la stampa. Dico sinceramente che se questa fosse stata la situazione sarei stato il primo ad intervenire. La popolazione ladina ha bisogno del tedesco, è abbastanza intelligente da capire che in una Provincia dove in gran parte si parla il tedesco, si deve conoscere anche questa lingua. Credo che non si verificherà in nessun paese di ladini quello che si è verificato in altre parti, cioè che l'insegnante di lingua italiana aspetti a braccia conserte davanti ai banchi vuoti che vengano gli scolari a sentire la lezione di lingua italiana. Ognuno faccia come ritiene, ma se fossi figlio di uno di questi genitori e diventato grande e messo a contatto con la realtà della vita dovessi ricordare questa situazione, non ne farei elogio a mio padre, perchè la conoscenza di una lingua è sempre cosa di cui bisogna far tesoro. La popolazione ladina è una popolazione di senso pratico ed attiva che non è certamente ultima in fatto di commercio ed industria e certamente studia il tedesco con quello stesso interesse con cui potrebbe studiare un'altra lingua; non solo il tedesco. Abbiamo dei corsi di altre lingue ad Ortisei che hanno avuto un successo enorme: parlo dell'ultimo corso di lingua francese dove ci sono 130 frequentanti su 1800 abitanti; questo dimostra che il sentimento di voler conoscere altri popoli attraverso la lingua è così sviluppato che non c'è bisogno di spingere continuamente per imparare. Sono per la parità, cioè perchè vengano studiate tutte e due le lingue; ma non da ieri. Subito dopo guerra l'atteggiamento di altre parti era quello di escludere la situazione di fatto e di far insegnare esclusivamente il tedesco. Successivamente si è ripiegato sulla seconda linea, facendo apparire come proprio l'atteggiamento assunto, il che non è. Ora però nella Ladinia si vuole introdurre, come è già fatto, una profonda conoscenza anche del tedesco; sarò il primo ad essere d'accordo; questo è già in funzione nelle scuole medie di Ortisei: si insegnano certe materie in lingua italiana e certe altre in tedesco con una parte di insegnanti di quelle lingue. E' stato detto che questo porta come conseguenza il fatto che gli scolari non imparano molto. Questa asserzione è smentita dal fatto che gli studenti usciti dalla scuola media di Ortisei si fanno onore ovunque, sia nelle scuole italiane che in quelle tedesche. Questa è la realtà, e quindi d'accordo per

quello che riguarda la conoscenza di tutte due le lingue, non per quello che riguarda l'insegnamento solo del tedesco. Questo per quanto riguarda la questione ladina. Non essendoci altre questioni che toccano direttamente il bilancio, chiudo la mia breve esposizione.

PRESIDENTE: Oggi nel pomeriggio facciamo libero, continuiamo fra 10 minuti.

PRESIDENTE: La seduta è riaperta. La parola al Presidente della Giunta Provinciale.

ERCKERT (Presidente della Giunta, S. V. P.): Ich werde sie nicht so lange aufhalten wie meine Vorredner, aber einige Worte will ich doch an Sie richten. Die bisherige Diskussion könnte man am ehesten einen Schulungskurs heissen, denn was da gesagt worden ist, war für uns wie ein Schulungskurs, wo die Exponenten der verschiedenen Parteien, uns, dem Landesausschuss, gewisse Lehren erteilt haben, wo sie uns erklärten, dass wir es besser machen sollen und wo sie uns insbesondere sagen, dass wir nicht viel gemacht haben, und wo sich auch die Parteien gegenseitig belehren, wo die eine Partei der anderen sagt, was sie eigentlich tun sollte und was nicht. Nun, diese Aussprache, dieser Schulungskurs war an und für sich gar nicht uninteressant, denn dadurch sind wir in die Lage versetzt worden, einmal so richtig die Ideen, den Gedankengang der verschiedenen Parteien zu erfahren, und zwar in einer ganz offenen Weise, sodass wir annehmen können, dass das, was sie uns gesagt haben, auch ihrer Mentalität entspricht. Unsere Autonomie wäre eigentlich von zwei Standpunkten aus zu betrachten und zwar ist einer der Minderheitenschutz und der andere Punkt ist die verwaltungsmässige Dezentralisation mit dem Recht auf eigene Gesetzgebung. Zu dem ersten Punkt möchte ich sagen, dass wir als Minderheit, als deutsche Volksgruppe, selbstverständlich auf alles das bestehen müssen, was notwendig ist, um unsere völkische Existenz voll und ganz aufrecht zu erhalten, wie es früher war. Dazu gehört selbstverständlich ein vollständig-selbständiges Schulwesen, von den ersten Kindesjahren bis zur höheren Mittelschule. Dazu gehört auch die Pflege unserer eigenen, deutschen Kultur. Auf diesem Gebiete müssen wir uns vorbehalten, alle jene Wege zu gehen, die uns die geeignetsten erscheinen, um unser Volkstum zu schützen und zu erhalten, und dass wir uns gestatten, unsere Kinder so zu erziehen, wie unsere Eltern uns erzogen haben. Dabei ist selbstverständlich in keiner Weise ausgeschlossen, dass wir mit der anderen Volksgruppe friedlich zusammenarbeiten, denn auch die italienische Volks-

gruppe hat ihre Kultur, die wir schätzen und ehren, von der wir Verschiedenes ebenfalls übernehmen können, ohne aber dadurch unser eigenes Volkstum zu verwandeln. Wir können natürlich nicht zulassen, dass unsere deutsche Sprache, unsere deutsche Kultur vom italienischen Geist überschattet werde, sondern sie muss eben jene Kultur bleiben, wie eben nun einmal die deutsche Kultur ist. Und um diese deutsche Kultur zu pflegen, ist es notwendig, dass wir den Kontakt mit jenen Ländern aufrecht erhalten, die dieselbe Muttersprache haben wie wir. Dabei ist absolut nicht gesagt, dass wir Irredentismus oder Separatismus betreiben, wie es manchmal gemeint wird. Wir haben unser Autonomiestatut erhalten, wir haben es anerkannt und wir haben uns als leale Staatsbürger verhalten. Aber unsere Zusammenarbeit kann nicht nur darin bestehen, dass wir das fünfte Rad am Wagen sind und nur ja zu sagen haben zu Beschlüssen, die andere fassen. So kann es natürlich nicht sein! Wohl aber im Rahmen der Gesetze, im Rahmen der für uns geltenden Gesetze, speziell unserer Autonomie, werden wir zusammenarbeiten mit der zweiten Volksgruppe und auch mit der dritten, weil ja schliesslich und endlich gar nichts anderes übrigbleibt. Wir sind eben alle da und wir können uns nicht entfernen, folgedessen sind wir gezwungen, gemeinsam zu arbeiten. Und wenn man von uns immer Verständnis verlangt, so möchte ich auch die andere Gruppe einmal bitten, selbst im Innersten ihres Herzens nachzuforschen, ob sie dasjenige Verständnis uns gegenüber aufbringt, das wir ihr gegenüber aufbringen sollten. Unsere Autonomie darf nicht nur eine verwaltungsmässige Dezentralisierung sein, denn dazu hätte es ja nicht dieses Autonomiestatut gebraucht, sondern unsere Autonomie besteht eben darin, dass wir in diesem Staate eben ein Sondergebiet haben, wo eigene Gesetze von uns selbst gemacht werden können und zwar Gesetze, die so gemacht werden müssen, dass sie eben dem Zweck entsprechen, zu dem uns die Autonomie gegeben wurde: zur Erhaltung des Bestandes der Urbevölkerung dieses Landes. Dies nur in Beantwortung der verschiedenen politischen Erörterungen, die von allen Parteien hier in reichlichem Ausmass, und in stundenlangen Reden erörtert wurden.

Und so will ich nun auch zum administrativen Teil der Bilanz übergehen. In diesen 4 Tagen ist zur Bilanz selbst praktisch gar nichts gesprochen worden. Das, was wir eigentlich zu behandeln haben, ist nur berührt worden. Ich werde auch nur einige Sachen berühren und behalte mir aber vor, wenn wir zu den einzelnen Artikeln kommen, wo es notwendig ist, die nötigen Bemerkungen zu machen, und auf Anfragen zu antworten.

Ein allgemeiner Punkt ist immer der, der schon vom Assessor für Finanzen beantwortet wurde, nämlich, dass die Bilanz zu spät vor den Landtag kommt. Ich muss es offen sagen, es tut mir selber leid, wir haben die Bilanz bereits im Oktober begonnen, aber wie ich bereits früher schon einmal gesagt habe, durch diese vielen Überschneidungen der Kompetenzen und der Tätigkeit zwischen Region und Provinz, kommt es meistens so, dass wir erst so spät unsere Bilanz in den Landtag bringen können. Ich hoffe, dass wir die Bilanz für das Jahr 1956 im Herbst machen, noch bevor wir in die Weihnachtszeit kommen. Man wirft uns vor, dass in dieser Bilanz wenig Initiative und daher Unbeweglichkeit herrsche: « *scarsezza di iniziativa ed immobilismo* ». Meine Herren Landtagsabgeordnete, die Kompetenz, die die Provinz hat ist nur jene, die sie hat, und infolgedessen wird die Bilanz eben so ausschauen, wie es erforderlich ist, um diese verwaltungsmässige Tätigkeit, soweit sie uns heute zusteht, ausüben zu können. Man sagt, es seien wenige oder gar keine Landesgesetze gemacht worden, und die wir gemacht haben, sind zurückgewiesen worden, und zwar deswegen, weil wir nicht Gesetze machen können. Über diesen Punkt lange zu reden, ist überflüssig, glaube ich; richtig ist, dass wir Gesetze gemacht haben und dass sie rückverwiesen wurden. Nicht richtig ist, dass wir sie schlecht gemacht haben, sondern dass man eben immer wieder Gesetze ablehnt, ohne zu berücksichtigen, dass wir hier in einem eigenen Gebiete sind, wo man nicht alles so einschalten kann, als ob wir weiter unter wären, wo vielleicht ein Gesetz, wie wir es hier machen sollten, nicht notwendig ist. Früher hat man immer gesagt, man sollte nicht so viel Gesetze machen, sondern man sollte zuerst die Verwaltung ausbauen, und dann, wenn wir Erfahrung haben, die Gesetze machen. Jetzt ist die Ansicht die gegenteilige. Wir werden uns jedenfalls bemühen, in der nächsten Zeit verschiedene Gesetze, die wir schon seinerzeit eingebracht haben, wieder einzubringen und hoffen, dass sie dann ihre Genehmigung erreichen.

Die Bilanz wird heuer das erstemal mit Gesetz genehmigt. Es ist dies keine neue Erfindung; wir haben schon 1949 darüber diskutiert, ob wir die Bilanz mit Gesetz oder mit Verwaltungsverfügung, also mit Beschluss, machen sollen. Nun ist aber immer wieder der Meinung gewesen, nachdem keine gesetzliche Vorschrift diesbezüglich besteht, die Bilanz mit einem Verwaltungsbeschluss zu genehmigen, während wir heute, nachdem verschiedene Gutachten aufgestellt wurden und insbesondere vielleicht auch durch die Meinung des Rechnungshofes, die Bilanz mit Gesetz genehmigen. Also, es ist so, dass wir diese Möglichkeit schon immer in

Erwägung gezogen haben; ich glaube auch, dass es das Richtige ist. Selbstverständlich müssen dann auch alle Änderungen in der Bilanz, ebenso wie in der Region, mit Gesetz gemacht werden, was vielleicht manchemal ungünstig ist, weil es länger dauern wird, aber es wird trotzdem alles glatt gehen.

Prof. Molignoni und auch Dr. Mitolo haben sich über die Gemeindeaufsicht geäußert, nachdem ich im Bericht eine kurze Darstellung gegeben habe. Die Gemeindeaufsicht ist eine ausschliessliche Kompetenz des Landesausschusses. Wir sind aber trotzdem immer gerne bereit, allen unseren Kollegen auch auf diesem Gebiete die gewünschten Auskünfte zu geben. Molignoni, glaube ich, hat gebeten, man möge ihm eine Aufstellung über die Vermögenswerte und Situation der einzelnen Gemeinden geben. Wenn er dies wünscht, kann er sie bei uns im Amte einsehen, aber wir können nicht so vill Ausfertigungen machen, wir haben nur ein einziges Exemplar, aus dem die gesamten Gemeinden unserer Provinz mit allen ihren Einnahmen und ihren Ausgaben zusammengestellt sind und sobald es gewünscht wird, kann jeder hier Einsicht nehmen. Die Familiensteuer ist bereits besprochen worden. Sie ist eine Gemeindesteuer, auf die die Provinz allerdings einen Einfluss hat und zwar in der Gestaltung der Prozentsätze. Jede Gemeinde wird bereits in der ersten Hälfte des Jahres aufgefordert, eventuelle neue Vorschläge einzubringen. Manche Gemeinden bringen sie ein und dann wird im Laufe des Monats Juli der Beschluss gefasst, in dem die Prozentsätze für das kommende Jahr wieder festgelegt oder wie im vergangenen Jahr bestätigt werden. Und diese Tabelle, wenn wir sie so nennen wollen, wird dann zwecks Bestätigung an das Finanzministerium geschickt. Später wird dann die Region selbst diese Kompetenz übernehmen. Ich glaube nicht, dass grosse Schwierigkeiten sind bei der Festsetzung der Familiensteuer im grossen und ganzen; selbstverständlich ist es in den einzelnen Fällen schwer, jeden Steuerträger richtig einzuschätzen und es werden manchmal zur Erhebung der Zahlungskraftigkeit des Steuerträgers verschiedene Wege benützt. Allerdings Rekurse sind nicht viele eingereicht worden, wenigstens bei der Landessteuerrkommission, und diese wenigen sind alle in kurzer Zeit erledigt worden. Ich kann die Ziffer nicht genau angeben, aber es waren jedenfalls nicht sehr viele.

Das Problem der Schule, das ja auch mit den Gemeinden zusammenhängt ist, glaube ich, von den Vorrednern reichlich dargelegt und erörtert worden und ich will mich dicsbezüglich nicht weiter einlassen, als nur den einen Grundsatz bestätigen, dass wir selbstverständlich auf die geteilte

Schule bestehen denn zur Erhaltung sowohl der deutschen Volksgruppe als auch der italienischen und ladinischen ist es erforderlich, dass die Kinder in ihrer Muttersprache erzogen werden, in der sie leichter lernen und auch leichter ihr Fortkommen finden, wobei wir Wert darauf legen, wenigstens bei unsere Volksgruppe, dass sie auch die italienische Sprache perfekt erlernen. Es wäre nur sehr wünschenswert, wenn auch die italienische Volksgruppe so weit käme, und es für zweckmässig erachten würde, eine zweite Sprache, nämlich die deutsche, in unserem Lande zu erlernen, sodass wir uns die Übersetzungen in diesem Raum ersparen könnten, damit jeder in seiner Muttersprache so sprechen kann, wie ihm der Schnabel gewachsen ist und dass der andere ihn versteht und umgekehrt. Das wäre der erste Schritt zu einer gedeihlichen, verständnisvollen Zusammenarbeit: dass beide Gruppen beide Sprachen beherrschen.

Die Personalordnung: eine ist schon ausgearbeitet und eine zweite, verbesserte Auflage ist in Ausarbeitung. Es ist nicht so einfach, einen Stellenplan genau aufzustellen, wenn sich ein Verwaltungsapparat erst entwickelt. Es ist dies aber notwendig, und jetzt sehen wir auch im grossen und ganzen, die Endziele der Landesverwaltung und so hoffe ich, dass wir in diesem Jahr ganz bestimmt diese Personalordnung genehmigen können. Ich hoffe sogar, dass wir sie bereits im Mai oder Juni im Landesausschuss behandeln und dann an die Kommission geben können.

Zum sogenannten Verwaltungsüberschuss vom Jahre 1954, von dem auch der Herr Finanzassessor gesprochen hat, möchte ich folgendes sagen: Der Finanzüberschuss braucht, nach dem Gesetze, nicht in die Bilanz übertragen werden, nur ein ausserordentliches Defizit muss übertragen werden. Über den Verwaltungsüberschuss kann der Landtag, auch mit separatem Gesetz, frei verfügen und diese Beträge für ausserordentliche Spesen verwenden, wie es das Gesetz vorsieht. Und das war auch unsere Absicht, denn als wir die Bilanz zu erstellen begonnen haben, war der Überschuss noch nicht feststellbar. Er ist erst in den letzten Wochen festgestellt worden. Ausserdem wollten wir es so gestalten, dass wir einen bestimmten Teil dieses Verwaltungsüberschusses in die Bilanz des darauffolgenden Jahres als Ergänzung der Einnahmen einsetzen können, weil diese sonst plötzlich vermindert würden. Wir haben heuer 139 Millionen, die Restsumme aus dem Jahr 1953, in die Bilanz übertragen und das nächste Jahr könnten wir — das werden dann die Herrn Landtagsabgeordneten entscheiden — z. B. 120 Millionen reservieren für die Bilanz 1956 und den Rest für ausserordentliche Spesen verwenden. Dies nur zur Erläuterung, dass

der Finanzüberschuss nicht unbedingt in den Haushalt eingesetzt werden muss. Wie sie ja wissen, auch die Region verwendet ihre Bilanzüberschüsse separat.

Über das Wohlfahrtswesen wird der zuständige Assessor dann selbst Aufklärungen geben und so kann ich mir das ersparen, ebenso wird über das Landwirtschaftswesen, insbesondere über die geschlossenen Höfe der zuständige Assessor sprechen. Dasselbe gilt für den Fremdenverkehr und für das Handwerk.

Man hat weiters auch angeführt, dass es notwendig sei, die Strassen, die die Provinz heute instandhält, zu klassifizieren. Ich gebe den betreffenden Herren vollständig Recht. Es war schon seit Jahren unser Bestreben, diese Klassifizierung durchzuführen, jedoch hat man immer wieder neue Bestimmungen abgewartet, weil der Staat versprochen hat, er werde einen Teil der Strassen selbst übernehmen, sodass die Provinz eben wirklich die Strassen, die heute nicht Landesstrassen, sondern Konsorzialstrassen sind, dann endgültig übernehmen könnte. Andererseits hat uns der Staat eine Strasse, und das ist die Sarntalerstrasse, einfach überlassen und wir waren genötigt, sie zu übernehmen, obwohl sie bestimmt eher den Charakter einer Nationalstrasse hat. Ich denke, der zuständige Assessor wird sich gelegentlich damit befassen, dass wenigstens ein Teil der Strassen als Landesstrassen klassifiziert werden kann und zwar soweit als sie eben wirklich Landesinteresse darstellen, während vielleicht für andere Strassen, die mehr zwischengemeindlichen Charakter haben, ein Konsortium gebildet werden könnte zwischen der Provinz und den bezüglichen Gemeinden, um dadurch einen besseren Ausbau und eine bessere Instandhaltung der zwischengemeindlichen Strassen zu erreichen.

Abg. Caminiti, scheint mir, hat eingewendet, dass die gesetzgebenden Kommissionen fast nicht oder überhaupt nicht als konsultative Kommissionen in Anspruch genommen werden. Manchmal wäre es zweckmässig und gut, diese Kommissionen einzuberufen, um ihre Gutachten zu hören. Andererseits sind die Verwaltungsmaßnahmen meist derart schnell zu fassen und da es notwendig ist, dass die Verwaltung nicht aufgehalten werde, werden eben die meisten Beschlüsse vom Landesausschuss gefasst. So riesengrosse Beschlüsse sind eigentlich keine gewesen, dass es einer langen Begutachtung bedurft hätte. Wir stehen aber auch heute noch auf dem Standpunkt, wenn es sich um bedeutende, um wichtige Entschlüsse oder Beschlüsse handelt, dass man dann diese gesetzgebenden Kommissionen als konsultive, als begutachtende Kommissionen heranziehen soll.

Ich bitte, mir zu gestatten, dass ich dann bei

den einzelnen Artikeln eventuell zu den verschiedenen Problemen noch Stellung nehme, während ich für heute abschliessen möchte mit der Bitte, die Bilanz, so wie sie vorgelegt und von der Bilanzkommission begutachtet worden ist, zu genehmigen — wir haben als Landesausschuss die Änderungen, die die Bilanzkommission als notwendig erachtet hat, angenommen, — damit wir die Bilanz in dieser Form möglichst bald unter Dach bringen, nachdem wir uns jetzt ja mehrere Tage gründlich ausgesprochen haben und ich bin auch fest überzeugt, dass diese Aussprache bestimmt nicht geschadet hat, sondern nützlich war; und dass wir dann, wie ich schon gesagt habe, über den Verwaltungsüberschuss in einer späteren Sitzung und mit einem eigenen Gesetz beraten und beschliessen.

MAGNAGO (Vice Presidente): (Traduzione)
Non mi soffermerò così a lungo come si sono soffermati su questa materia gli oratori che mi hanno preceduto. Mi sembrava di essere come in un corso di istruzione dove i diversi consiglieri fungevano da insegnanti ed insegnavano alla Giunta e dove i signori dei singoli Partiti si insegnavano a vicenda. Era però interessante ed abbiamo così conosciuto le idee dei singoli e dei singoli gruppi che essi rappresentano. Due punti sono soprattutto stati sollevati: uno concerne la tutela delle minoranze ed il secondo riguarda i diritti dell'amministrazione dell'esecutivo ed il nostro potere legislativo. Per quanto riguarda la tutela delle minoranze, deve essere detto chiaramente che noi dobbiamo fare di tutti per mantenere e proteggere il gruppo linguistico tedesco; per fare questo ci vuole una perfetta organizzazione scolastica ed un sempre maggiore incremento della cultura di questa minoranza; poichè a noi è stato affidato questo compito, abbiamo anche il diritto di scegliere quella via che ci pare la più adatta per raggiungere questo fine. Ciò non vuol dire che facendo così non possiamo contemporaneamente rispettare in pieno la cultura italiana e comprendere le necessità di questa cultura, ma non possiamo permettere che questa adombri la nostra. Con ciò non si fa assolutamente dell'irredentismo o del separatismo, ma non è detto che si debba subire quello che desiderano solo gli altri. A noi viene sempre richiesta comprensione; io domando a coloro che vogliono da noi la comprensione, se essi facendo un esame di coscienza si sentono di avere quella comprensione che essi vorrebbero da noi. La autonomia non è solo la decentralizzazione burocratica, consiste nell'esercizio del potere legislativo e questo deve avere lo scopo di mantenere e tutelare la popolazione locale.

Poco o niente è stato detto sul bilancio come tale. Risponderò eventualmente alle domande che mi verranno rivolte in occasione dell'esame dei singoli articoli. L'Assessore alle finanze ha già detto che il bilancio è, purtroppo, arrivato tardi alla discussione, perchè i consiglieri e gli assessori sono sovraccarichi di lavoro e di impegni, essendo contemporaneamente membri del Consiglio regionale e di varie Commissioni. Ma spero che il bilancio del 1956 potremo presentarlo prima, spero che sia ancora nel corso di quest'anno. Ci si accusa di immobilismo e di scarsa iniziativa, però non si deve dimenticare che le competenze sono per ora le stesse di un anno fa e di due anni fa, perciò non possiamo cambiare e rimandare tali competenze. Nel campo legislativo si è anche detto che si è fatto troppo poco, ma non dimentichiamo che abbiamo avuto troppi rinvii e che quando questi rinvii sono stati decretati, certamente non si è considerata la situazione speciale in cui ci troviamo in questa Provincia. Comunque ci sforzeremo lo stesso di ripresentare le leggi rinviate con la speranza di trovare comprensione ed accoglimento. Quest'anno il bilancio viene approvato per la prima volta con legge. Questa non è una novità perchè sull'opportunità di approvare il bilancio con delibera o con legge si è discusso in seno al Consiglio già dal 1949. Allora sembrava più opportuno approvare il bilancio con una delibera; oggi in base a diverso parere, fra cui anche quello della Corte dei Conti, si è deciso di varare il bilancio ed approvarlo con la legge. Vi sono collegate a questo atto, naturalmente, delle conseguenze: ogni storno deve anche essere approvato con legge. Il che dal lato puramente amministrativo potrebbe anche rappresentare un piccolo inciampo.

Molignoni e Mitolo hanno parlato della tutela dei Comuni. Devo rilevare che la tutela dei Comuni è un'esclusiva competenza della Giunta provinciale; comunque si è disposti a dare tutte quelle informazioni che verranno richieste.

Molignoni poi chiede la situazione finanziaria di tutti i Comuni. Esiste qui un'unica situazione finanziaria per tutti i Comuni nell'elaborato di cui può prendere visione; questo elaborato è completo come lo desidera. Sulla tassa di famiglia si è parlato; è una tassa comunale e la Provincia ha solo l'influenza sulla fissazione delle percentuali ed in generale non si può dire che siano sorte grandi difficoltà. Qualche difficoltà è sorta sul criterio delle informazioni da prendere e difficoltà sono sorte sulle informazioni che sono necessarie per poter tassare i singoli cittadini; comunque i ricorsi sono relativamente pochi e sono stati evasi presso la Commissione provinciale.

Di scuola e Comuni, degli obblighi che i Co-

muni hanno verso la scuola è stato parlato sufficientemente, solo vorrei ancora aggiungere che dobbiamo insistere per la scuola separata allo scopo di garantire l'esistenza ai gruppi etnici. Sarebbe desiderabile che il gruppo italiano potesse apprendere di più la lingua tedesca, perchè con questo si arriverebbe ad una maggiore comprensione in questa aula potendo ognuno parlare nella propria lingua ed avendo garanzia di venir compreso anche da chi non ha la stessa madre lingua, senza la traduzione. Questo veramente sarebbe il primo passo verso la collaborazione.

La pianta organica: si può affermare che è stata fatta e che è stato compilato il primo schema. Si è in attesa dell'elaborazione di un secondo schema che deve considerarsi migliore del primo. Fare l'organico è una cosa difficilissima specialmente per un ente che ha una vita così breve come il nostro e che è suscettibile di cambiamenti e di ingrandimenti in quanto che solo una parte delle competenze e quindi degli uffici sono passati e che con il passaggio delle nuove competenze si richiederà un'organizzazione di nuovi uffici e impiegati. Perciò si deve considerare la grande difficoltà, per un ente in fase di sviluppo, di fare la pianta organica; comunque spera che ancora quest'anno il Consiglio potrà trattare la pianta organica ed approvarla.

Sull'avanzo di amministrazione ha parlato lo Assessore alle finanze. Fa osservare che in base alla legge non c'è alcun obbligo che l'avanzo di amministrazione debba essere riportato nel bilancio; su tale somma, secondo il parere del Presidente della Giunta e secondo le proposte che poi verranno affacciate il Consiglio può e dovrebbe decidere separatamente. E' intenzione di portare una proposta in questo senso a tempo opportuno perchè il Consiglio possa decidere con separata deliberazione sull'impiego dell'avanzo di amministrazione.

ERCKERT (Presidente della Giunta, S. V. P.):
Con legge!

MAGNAGO (Vice Presidente): Del resto all'atto della compilazione del bilancio non era ancora esattamente accertato l'avanzo di amministrazione che si è potuto rilevare solo nelle ultime settimane. Poi è nostro desiderio riportare man mano l'avanzo di amministrazione nei bilanci futuri, nella parte che dovrebbe essere riservata ai lavori straordinari. Del resto anche la Regione dispone separatamente dell'avanzo di amministrazione ed il Consiglio regionale delibera separatamente sull'impiego.

Sulle attività sociali parlerà l'Assessore competente, sull'agricoltura, sull'artigianato e turismo parleranno gli Assessori competenti.

Si è parlato sulla necessità di classificare le strade che oggi vengono mantenute dalla Provincia. Si è anche detto di dare questa classificazione, perchè non si è mai potuto stabilire con certezza quali strade andrebbero assunte. L'Assessore competente si occuperà perchè le strade che hanno carattere provinciale vengano classificate; per le intercomunali viene proposto un compromesso, un consorzio degli enti interessati

ERCKERT (Presidente della Giunta, S. V. P.):
E della Provincia.

MAGNAGO (Vice Presidente, S. V. P.): dei Comuni e della Provincia per il mantenimento comune di queste strade. E' stato detto che le Commissioni legislative non sono state impegnate per elaborare i pareri consultivi in questioni amministrative. E' forse bene che questo venga fatto qualche volta, però non è che si debba dimenticare che certe decisioni amministrative si sono dovute prendere con una grande urgenza e non si poteva quindi aspettare. Comunque per le decisioni importanti si ritiene utile e necessario chiedere il parere consultivo alle Commissioni legislative. Egli parlerà poi sui singoli articoli in base alle richieste che verranno poste a lui nella discussione dei singoli articoli. Prega di accettare il bilancio come esso è approvato e presentato dalla Giunta alla Commissione legislativa. Prega che possa essere accolto ed approvato presto, anche perchè si può ritenere che finora si è potuto parlare con libertà e abbondantemente, riconoscendo pure che questo è stato utile. Conclude dichiarando anche che sull'avanzo di amministrazione verrà fatta una proposta separata al Consiglio perchè possa deliberare in merito.

PRESIDENTE: Se nessun altro Consigliere è iscritto a parlare chiuderei la discussione generale rimandando alla prossima seduta la trattazione degli ordini del giorno e la risposta di alcuni Assessori che non hanno potuto rispondere oggi. Metto in votazione la chiusura della discussione generale. E' approvata all'unanimità. Allora martedì alle ore 9. Martedì nel pomeriggio c'è la seduta della Giunta regionale, quindi si dovrebbe fare seduta solo fino alle due.

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Perchè non cominciamo mercoledì?

NARDIN (P. C. I.): Se facessimo martedì mattina la riunione della Giunta potremmo riprendere mercoledì mattina; penso che all'inizio della settimana ci sono già le due riunioni delle Giunte, e poi possiamo andare avanti.

PRESIDENTE: Che cosa ne pensa il Consiglio? La proposta sarebbe questa: riaprire mercoledì mattina e lavorare tutto il giorno. Se nessuno ha osservazioni si riprende mercoledì mattina alle ore nove.

MAGNAGO (Vice Presidente, S. V. P.): Mittwoch um 9 Uhr.

NARDIN (P. C. I.): Allora buone Feste!

MOLIGNONI (P. S. D. I.): A nome delle minoranze volevo dirlo anch'io.

Ore 13 Uhr.